



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

Digitale Sammlungen

10.06.1931 (Nr. 42)

Bremer Nationalsozialistische Zeitung

Parteiamtliches Organ der Bremer Nationalsozialisten

Einzelpreis 20 Pfg.

Geschäftsstelle und Redaktion: Bremen, Bahnhofstr. 26.
Fernsprecher Domsh. 25878. Erscheint wöchentlich 2 mal.
Bezugspreis monatlich 1.12 RM einschließlich Postgebühren.
Verlagsort Oldenburg (Oldbg.)

Anzeigen: 10-gep. Nonpr.-Zeile 0.25, auswärts 0.30 RM
Stellengef. und Fam.-Anz. 0.10 RM. Kleine Anz. 0.15 RM.
Erfahrungsprüfung können nicht gestellt werden, wenn das
Erscheinen irgendwie verhindert ist.

Nr. 42

Mittwoch

10. Juni

1931

Blutterror überall!

In Chemnitz 2 SA-Leute erschossen, 5 schwer verletzt. — In Bremen SA-Mann vor die Straßensbahn gestoßen und schwer verletzt.

Protestkundgebung am Donnerstag in Bremen.

In der Nacht zum Dienstag wurden in Bremen am Waller Park vier SA-Leute von 35 bis 40 Kommunisten planmäßig überfallen und zu Boden geschlagen. Der SA-Mann K. wurde vor die herantommende Straßensbahn gestoßen und von der Fangvorrichtung noch gefaßt, mußte aber mit schweren Verletzungen befehlungslos ins Krankenhaus überführt werden. Die Täter wurden nicht gefaßt.

Im einzelnen erfahren wir zu dieser neuen Blutkatastrophe folgendes:

Die 4 SA-Leute kamen von einem Turnabend und befanden sich auf dem Nachhauseweg. Als sie den Haupteingang des Waller Parks passiert hatten, stürzten etwa 35 bis 40 Rotmordbanditen aus dem Hinterhalt, nachdem sie sich vorher im Park versammelt hatten, und fielen in der gemeinsten Weise über unsere Parteigenossen her, die naturgemäß dieser Uebermacht nicht standhalten konnten. Mit Knütteln und Messern

durch einen Zufall nicht ein Menschenleben vernichtet wurde.

Wir Nationalsozialisten werden jedenfalls am kommenden Donnerstag in einer Protestkundgebung am Hohentorsplatz uns gegen die fortgesetzten Blutvergießungen und gegen die noch immer ungehinderte Hegearbeit ihrer geistigen Urheber verwahren. Es ist Pflicht jedes Parteigenossen, zu dieser Kundgebung zu erscheinen. Die SA tritt um 8 Uhr an der Lloydhalle an und marschiert geschlossen zum Versammlungsplatz.

Wie wir kurz vor Redaktionsschluß erfahren, mußte auf polizeiliche Anordnung die Kundgebung vom Grünen Kamp auf den Hohentorsplatz verlegt werden.

2 Tote, 10 Schwerverletzte beim Sachsen-Gautag Chemnitz.

Der Sachsen-Gautag in Chemnitz ist gewesen. Ueber 35 000 Teilnehmer, darunter 20 000 Braunhemden, hatten sich dazu eingefunden. Adolf Hitler und Dr. Goebbels waren zugegen. Nach dem imposanten Fackelzug am Sonntagabend, an welchem sich 9000 SA-Männer beteiligten, kam es zu Zusammenstößen.

Die Kommunisten, die durch eine Parteianweisung in Alarmzustand versetzt worden waren, hatten am Sonntagabend in verschiedenen Parteilokalitäten Stotrupps zusammengezogen, darunter auch in der kommunistischen Buchhandlung im Hause Brühl Nr. 16. Als einzelne Nationalsozialisten am Sonntagmorgen kurz nach 5 Uhr morgens an diesem Haus vorübergingen, wurden sie mit Pfistersteinen beworfen. Ein Nationalsozialist wurde von den Kommunisten in das Haus gezogen, dort mißhandelt und festgehalten. Eine aus dem Hauptquartier der NSDAP zu Hilfe gerufene Abteilung von Nationalsozialisten in Stärke von etwa 40 Mann wurde bei ihrem Eintreffen vor der kommunistischen Buchhandlung mit einem Steinhaegel und mit Schüssen empfangen.

Darauf drangen die Nationalsozialisten in das Haus ein, und in den Erdgeschossen und auf der Treppe kam es zu einem erbitterten Handgemenge zwischen den Nationalsozialisten und den 80 Kommunisten, die sich im Gebäude aufhielten und mit Pistolen, Dolchen und Seitengewehren ausgerüstet waren. Von der Straße aus wurde auf die Nationalsozialisten geschossen, ferner wurden von den angrenzenden Häusern Pfistersteine geworfen. Der 19jährige Oberprimar Edgar Steinbach, der Sohn eines bekannten Chemnitzer Musikdirektors, wurde durch einen Schuß getötet. Der Ingenieur Heinrich Guttsche aus Wittwerda erhielt einen Bauchschuß, an dessen Folgen er im Krankenhaus gestorben ist. 10 weitere Nationalsozialisten erlitten zum Teil erhebliche Stöße- und Schlagverletzungen.

Die Polizei riegelte schließlich das Viertel ab und verhaftete 80 Kommunisten.

Spanngemacher freigesprochen!

Schweidnitz. Am Montag früh fand hier die Verhandlung gegen den nationalsoz. Reichstagsabgeordneten Heinz Spanngemacher statt. Pa. Spanngemacher, der selbst anwesend, soll j. St. Beamte aufgefordert haben, Mitglieder der NSDAP zu werden. Für dieses furchtbare Verbrechen bekam er per Strafbefehl drei Monate Gefängnis. — (Man denke an Barmat!) Hiergegen legte Pa. Spanngemacher Einspruch ein. In der Verhandlung wurde nun der Angeklagte freigesprochen. Vater Staat zahlt die Kosten.

Das alte Spiel.

Über das deutsche Volk erwacht.

Am Sonntag wurde die neue Notverordnung der Dossentität übergeben, nachdem man am Tage vorher schon mit Einzelmeldungen und Andeutungen die auszulösenden Volksstürmen schonend vorbereitet hatte. Über auch sonst klapperte der Regieapparat ausgezeichnet. Reichskanzler und Reichsaußenminister, die eigentlichen Väter dieser Angstgeburt, saßen zur gleichen Zeit bei guten Dinern und Soupers in den feudalen Räumen eines englischen Landhauses, um mit ihren englischen Ministertollegen unverbindliche Gespräche zu führen, die nun programmäßig die ganze deutsche Presse füllen und die erste Empörung der Notverordnung verlaufen lassen sollen. Die Reise nach Chequers war ebenso überflüssig wie alle unsere Reisen in die Schweiz, sei es nun Genf oder Thoiry gewesen und wer es nicht glaubt, der lese das ausschweifende gemeinsame Kommuniqué von Chequers, das sich in nichts von den früheren untercheidet.

Weiderseits herrschte Uebereinstimmung darüber, daß neben den Maßnahmen, die jedes einzelne Land für sich zu ergreifen hätte, die Wiederherstellung des Vertrauens und die wirtschaftliche Belebung von internationaler Zusammenarbeit abhängig seien.

Wir kennen die positive Mitarbeit Frankreichs an Deutschlands Gefährden und wir wissen von dieser internationalen Zusammenarbeit ein gar garstiges Lied

Donnerstag, 20.30 Uhr

Hohentorsplatz Protestkundgebung gegen Mord u. Terror!

Deutsche Männer u. Frauen erscheint in Massen!

Laut polizeilicher Anordnung mußte die Kundgebung vom Grünen Kamp auf den Hohentorsplatz verlegt werden.

SA-M. marschiert geschlossen 20 Uhr ab Lloyd-Gepächthalle durch Breitenweg-Georgstr.-Railstr. zum Hohentorsplatz

wurden die Ueberfallenen bearbeitet. SA-Mann K. wurde schließlich vor eine herantommende Straßensbahn gestoßen, die ihn überfahren hätte, wenn sich nicht im letzten Augenblick die Fangvorrichtung gefaßt hätte. K. verlor die Besinnung und wurde mit schweren Verletzungen, darunter zwei tiefen Kopfverletzungen und einer Wirbelsäulenfraktur in das Diakonissenhaus überführt.

Bei dieser Gelegenheit hat sich noch ein standalöser Zwischenfall ereignet. Die Frau eines SA-Mannes, die ihrem Mann entgegenging, erfuhr von dem Ueberfall und eilte sofort in ein Geschäft, um die Polizei alarmieren zu können. Obwohl Menschenleben in Gefahr waren, verlangte die Geschäftsinhaberin erst Bezahlung des Gesprächs, verweigerte sogar die Annahme des Traurigen als Pfand, da die Ehefrau zufällig kein Geld bei sich hatte. Nur durch ihr energisches Auftreten gelang es dann, trotzdem die Polizei zu verständigen.

Der ganze Vorfall gibt uns Veranlassung, die Polizeibehörde in Bremen zu fragen, wie lange sie der Arbeiterzeitung gestatten will, Tag für Tag durch ungeheuerliche Lügen und Entstellungen die bremische Arbeiterbevölkerung gegen die Nationalsozialisten aufzuhetzen. Diese Presse ist letzten Endes allein verantwortlich für diese Blutvergießungen, bei denen diesmal nur

zu fingen. Oder ist die von Briand und Henderson betriebene Zerschlagung der Zollunion, ein erster Versuch internationaler Zusammenarbeit, bereits wieder vergessen?

Über schon ein so gedankenleeres Satz wie der obige, der ebenso von Stresemann wie von Curtius stammen könnte, gibt der Wilhelmstraße in Berlin Gelegenheit, die weitgehendsten politischen Hoffnungen zu erwecken, um über die augenblickliche Krise hinwegzukommen. Das Kabinett lehnt eine Einberufung des Reichstages schon aus dem Grunde ab, weil das Kabinett jetzt volle Handlungsfreiheit zur Weiterführung der Besprechungen von Chequers beansprucht. Edgar Paris und Washington führt man ins Treffen, alles um zu verhindern, sich schon jetzt vor dem Reichstag verantworten zu müssen. Dieses Spiel ist alt und uns aus den Silberjahren längst bekannt. Es ist nur erstaunlich, daß eine allzuwillfährige Regierungspresse trotz gelegentlichem Ausbrechen aus der Front immer wieder diese Manöver mitmacht, immer wieder verhindert, daß eine klare und reinliche Scheidung herbeigeführt wird, die die Katastrophenpolitik der letzten 12 Jahre ausschaltet und neue Männer mit der Führung der Außenpolitik beauftragt.

Es ist sogar eine parlamentarische Unmöglichkeit, daß ein Kabinett erst mit dem Einfluß seines ganzen

Vertrauenskapitalen einen Vertrag oder besser ein Diktat wie den Youngplan dem deutschen Volke schmacht macht, ihm Steuerermäßigungen ohne Zahl verspricht, um dann ein Jahr später nach dem völligen Zusammenbruch seiner politischen Hoffnungen, nach einer Willkürfeuerzettel dieses Diktat bekämpfen zu wollen.

Das deutsche Volk ist zu arm, um seine Minister zu einem Duzend üppiger Bankette ins Ausland zu schicken, deren Rechnung wir bisher stets selbst bezahlen mußten. Das deutsche Volk ist auch nicht mehr gewillt, sich mit so öden und abgegriffenen Zukunftswechsell zu begnügen, die bisher alle zu Protest gingen. Diese Notverordnung soll zum Grabstein des Brüningkabinetts werden, das in allen politischen Entscheidungen verlagert hat.

Die Deutsche Volkspartei steht wieder einmal am Scheidewege und sowohl der bremische Abgeordnete Hinzmann wie der Parteiführer Dingeldey finden entscheidende Entschlüsse der Volkspartei an, die zur Ablehnung der Notverordnung, ja zum Stürze der Regierung führen sollen. Wir sind bei den Entschlüssen der Volkspartei fest geworden und erinnern uns einer Fülle trauriger Erfahrungen, aber es ist nicht ohne Reiz festzuhalten, daß auch Herr Hinzmann die Maßnahmen der Regierung für unzulänglich erklärt, von einem Winktritt des Reichskabinetts spricht und dann fortfährt: „Ich glaube daß dieser Weg gegangen werden muß, denn ich sehe keinerlei Hoffnung, der Dinge mit dieser Notverordnung Herr zu werden.“ Wir werden abwarten, ob nicht die Volkspartei doch noch einen anderen Weg findet, der sie wieder einmal an Damaskus vorbeiführt.

Die Nationalsozialisten werden ihren klaren und zielstrengen Weg in der Außenpolitik weitergehen, wie er schon seit Jahren bestritten wurde. Sie haben mit den Deutschnationalen zusammen schon vor Annahme des Youngplanes die heutigen katastrophalen Folgen vorausgesehen und haben sich dafür beschimpfen und verhöhnen lassen müssen. Heute waagt keiner mehr, an die vielen so schönen Ministerreden im Rundfunk zu erinnern, heute sind sie auf einmal alle einzig in der Forderung auf Tribundition, Selbst die Regierung verurteilt ihre Notverordnung mit folgendem Satz zu beschönigen:

Die Erleichterungen, die der neue Plan nach der Ansicht aller Verehrer des deutschen Volkes bringen sollte und fürs erste auch zu bringen verspricht, hat er nicht gebracht.

Dieser nunmehr zugefallene völlige Zusammenbruch ihrer politischen Bestrebungen hindert die Regierung nicht, dem deutschen Volk ein neues Diktat aufzuzwingen zu wollen, neue Verschreibungen zu machen, neue ungeheure Opfer zu verlangen. Ein Reichstag findet sich bereits nicht mehr, der hierfür die Verantwortung zu übernehmen gewillt ist und so wählt man den Weg der Notverordnungen, man verordnet Not und abermals Not bis das Eisen bricht, bis die überwiegende Mehrheit des ausgebluteten Volkes unter den Hitlerfahnen sich finden wird, um mit neuen Männern und neuen Ideen ein neues Reich sich zu zimmern.

Bis dahin müssen wir aushalten, muß unsere brave SA unter dem Blutterror der von der Regierung gebildeten Kommune ein junges Leben nach dem anderen dem Tode weihen; bis dahin muß ein jeder von uns werden und kämpfen, bis der letzte Volksgenosse überzeugt und für uns gewonnen ist. Jede Willkür, die man aus dem armen deutschen Volkstörcher herauspreßt, jedes der letzten großen Opfer, die wir brachten, ist sinnlos, solange sie dem Ausland, volksfremden Elementen und Bonzen zugute kommen, aber das größte Opfer und sei es das Leben ist gerade dem getrennt, gebracht zu werden, gilt es dem Volk, dem kommenden dritten Reich.

Glaspalastskandal in München.

SS-Heuten wird die rechtzeitige Brandmeldung nicht geglaubt.

Das Braune Haus München, teilt zu der unseren Lesern bekannten Zerstörung des Glaspalastes, bei der nationale Kunstschätze von unermesslichen Werten vernichtet wurden, folgendes mit:

Die ersten, die den Brand bemerkten, waren die beiden SS-Männer Landstorfer und Bauer. Auf ihrem Postgang bemerkten sie gegen drei Uhr nachts einen Feuerfleck am Glaspalast. Die beiden arbeitslosen sofort die Wache des Braunen Hauses. Daraufhin lief ein SS-Mann zum nächsten Feuermelder, der natürlich betriebsunfähig war. Gleichzeitig rief der wachhabende Telefonist vom Braunen Haus telefonisch die Feuerwache an. Man schenkte jedoch diesem Anruf keinen Glauben. Zutzwischen war der hinzugekommene SA-Mann Schneider mit einem Auto zur Hauptfeuerwache gefahren. Aber auch diese persönliche Meldung wurde nicht beachtet. Nach kurzer Zeit kehrte Schneider ein zweites Mal zurück, wieder mit dem gleichen negativen Erfolg. Zu dieser Zeit erfolgte auch von anderer Seite eine Meldung. Als Schneider zum dritten Mal auf der Feuerwache ankam, rückte diese mit ganzen zwei Löschzügen aus. Wir stellen fest, daß vom 1. bis zum 3. März allein 22 Minuten kostbarer Zeit verstrichen waren. Erst um 3.32, sage und schreibe eine halbe Stunde nach dem Bekanntwerden des Feuers waren die beiden ersten Löschzüge zur Stelle. Bis die Schlauchleitungen betriebsbereit waren, vergingen nochmals mehrere Minuten, sodaß das Feuer, welches im rechten Flügel ausgebrochen war, sich auf den Mittelbau ausgebreitet hatte. Jetzt gab die Feuerwehr Großalarm. Über an die Rettung des Glaspalastes war nicht mehr zu denken. Man mußte sich darauf beschränken, die umliegenden Gebäude zu schützen. Von dem Umfang des Brandes kann man sich einen Begriff machen, wenn man bedenkt, das dem Boden auf dem Dach des Braunen Hauses Funken und Rauch ins Gesicht flogen.

Durch die unverantwortliche Gleichgültigkeit der Münchener Feuerwehr hat also die Brandkatastrophe erst die Zustimmung annehmen können. Man hat es scheinbar nicht wahrhaben wollen, daß Nationalsozialisten den Brand so rechtzeitig bemerkten, sodaß eine Vernichtung der unersetzlichen Bildwerke hätte vermieden werden können. 2875 Kunstwerke sind verbrannt.

Der Ausverkauf Deutschlands.

Das herrschende System der kapitalistischen Weltwirtschaft ist oberfaul. Wie ein Polyp das internationale Kapital von der Wallstreet aus seine Fänge über die Welt ausgebreitet. Die deutsche Wirtschaft ist das Opfer dieses kapitalistischen Imperialismus. Die deutschen Industrieträume haben sich gesungen durch die unsinnige Wirtschaftspolitik und angelegt vom Wahn der Weltwirtschaft, dem Diktat des Leihkapitals unterworfen. Wo gibt es heute noch deutsche Betriebe, was ist noch unabhängiger deutscher Besitz? Wir kennen nur eine Unzahl von Aktiengesellschaften und einzelne Trusts, in deren Aufsichtsräten die Zwangsverwalter des Leihkapitals sitzen. Kein Mensch kennt die wirklichen Besitzer und Drahtzieher. Für Spottpreise sind ganze Industriezweige der deutschen Wirtschaft in die Hand ausländischer Interessengruppen gefallen, die Aktien liegen zu Spottpreisen auf den Märkten. Gut organisierte internationale Finanzgruppen lassen durch ihre Mittelsmänner das Schicksal der deutschen Wirtschaft umlauern und stürzen sich wie Schlangen auf die noch gesunden Werte.

Die nachdenklichen Regierungen haben gegen diese Verschleuderung deutscher Werte nichts getan. Aber auch die deutsche Unternehmervirtschaft trägt die Schuld an dem heutigen Zustand. Sie hat nichts lernen wollen, sondern immer wieder mit dem irrigen Schlagwort von dem „Primat der Wirtschaft“ dem internationalen Leihkapital Vorhieb geleistet. Das ist heute noch nicht anders. Die Geschäftsberichte der großen Industriefirmen über das abgelaufene Geschäftsjahr bezeugen die Ineffizienz kapitalistischer Zu-

teressenspolitik, die auf dem Altar der Weltwirtschaft das Brot des deutschen Volkes opfern, wie die politische Zeitung um der Phrasen der „Versöhnung“ des Weltfriedens Freiheit und Ehre Deutschlands preisgaben. Man liest in den Berichten immer nur von der Weltwirtschaftsfrage und ihren Einwirkungen und davon, daß tragaladem die Dividende von hundertprozentig Prozent ausgeschüttet werden könne. Kein Wort von den tausenden Arbeitern, die entlassen werden müßten um der „Nationalisierung“ willen. Kein Gedanke an ein Verzicht auf Forderungen oder Dividenden das Kapital keine Heimat, keine moralische Verpflichtung und verlangt brutal den Profit.

Immer wieder begegnet man diesen vernichtenden Tendenzen. Es scheint so, als gingen die deutschen Unternehmer mit offenen Augen in das Chaos, als fäßen sie nicht, daß die Fortsetzung dieses Systems den Untergang bringt. Man vertraut sich auch nicht einmal rücksichtslos ein offenes Wort zu reden: spricht immer Krise, Not und dem Willen zur Vererbung, geht dabei aber auf dem alten Wege weiter. Unaufhaltsam aber greift die unabwendbare Katastrophe um sich und der Sinn ist es noch immer in „lester Stunde“ eine Rettung (etwa durch neue Kredite) zu erhoffen. Auch das wäre nur eine Gnadenfrist. Das Schicksal Deutschlands ruht nicht in den Händen der Interessengruppen; das deutsche Volk rüttelt an den unsittlichen Ketten und wird sie eines Tages sprengen. Nur dann kann die deutsche Wirtschaft aus den Fesseln des internationalen Leihkapitals befreit, Dienerin der Volksgemeinschaft werden.

An die Beamten.

Einige Fragen zum Nachdenken.

Bedingt durch seine Stellung als unmittelbarer Diener des Staates und damit gleichzeitig dessen Beauftragter, nahm der Beamte schon vor dem Kriege eine besondere Stellung ein. Den zwischen ihm und den übrigen Volksteilen bestehende Kluft wurde dadurch noch erweitert, daß die Beamten eine politische Betätigung in nur beschränktem Umfang gestattet war. Daher war es weniger der Mangel an politischen

wie den Bürgerlichen versprochen worden, diese Gesetzparagraphen zu verwirklichen. Besonders vor den Wahlen mußten sämtliche Parteien eine besondere Beamtenfreundlichkeit zu heucheln. War das beabsichtigte Ziel erreicht, die Beamten für sich zu gewinnen, dann vergaß man nur allzu schnell die gegebenen Versprechungen einzulösen.

Am 11. 8. 31 sind zwölf Jahre vergangen, seit dem Inkrafttreten der Reichsverfassung, und wie sieht es mit den von den Beamten so heiß ersehnten Gesetzen? Sie sind ausgeblieben, aber dafür hat man ihnen zum zweiten Male die Not verordnet, durch die angeblich nicht zu vermeidende Gehaltskürzung. Warum soll der Beamte sich in seiner Lebenshaltung nicht auch einschränken, wenn der Mittelstand unter der Steuerlast zusammenbricht, der kleine und mittlere Bauer dem Untergang verfallt und fünf Millionen vor der Geißel der Erwerbslosigkeit betroffen werden? Sehr wahr, geht dem Volke finanziell nicht gut, dann muß sich dieses in den Beglücken seiner Beamten auswirken. Wer darum eine erfolgreiche Beamtenpolitik treiben will, der muß zunächst den Wohlstand der Nation zu heben, als seine vornehmste Pflicht ansehen. Wenn wir aber feststellen, daß die politischen Parteien, angefangen bei den Christen und aufsteigend bei den Sozialisten zwölf Jahre weiter nichts als den Verfall des deutschen Volkes betrieben haben, dann haben sie das Recht, der Beamten materielle Forderungen gestellt, die sie nicht erfüllen können. Die Verfassung des deutschen Volkes und die von ihm zu tragenden Tributlasten sind je länger desto mehr unerträglich geworden. Und weil wir Nationalsozialisten wissen, daß der „neue Plan“ nicht die von ihren Verfechtern prophezeihte Erleichterung, sondern eine Verschärfung der wirtschaftlichen Lage der breiten Volksschichten mit sich bringen würde, deshalb haben wir vor Jahresfrist den Versuch gemacht, eine Annahme im Wege des Volksbegehrens zu unterbinden. Man hätte annehmen sollen, daß die Beamtenpionierorganisation, der deutsche Beamtenbund, in seiner Führung so weitgehend gemein wäre, den Youngplan als den Galgen der gesamten Arbeitnehmerschaft und damit auch der Beamten, abzulehnen. Zum mindestens wäre es Pflicht dieser angeblich politisch neutralen D. B. V. gemeinen eben weil er politisch neutral sein will, sich nicht in den Streit der politischen Parteien über Ablehnung und Annahme des Youngplanes, einzulassen. Trotzdem wird in dem Organ des D. B. V. „Der Beamtenbund“ vom 8. Oktober 1929 gesagt:

Wir sind davon überzeugt, daß die Einsicht und der Erkenntnis der aufgescheuchten Gefahren die Beamten von diesem Volksbegehren fernhält.

So also wollte es der Deutsche Beamtenbund; er wollte die Tributlasten um 700 Millionen RM. jährlich senken, die Wirtschaft anfeuern, die Arbeitslosigkeit mindern und die Steuern auch für seine Mitglieder, die Beamten, senken helfen. Und was geschah?

Die Zahl der Arbeitslosen stieg, die Steuerlast wurde angehoben und statt der Beamtenfrage ihre Wirtschaftslage zu erleichtern, befaßten sich die politischen Freunde der Führer im Deutschen Beamtenbund mit der Frage einer etwaigen Belastung des Beamten Einkommens, wobei die unteren und mittleren Beamten besonders in Mitleidenschaft gezogen werden würden.

Fortsetzung folgt.

Beamtenkundgebung

Freitag, 12. Juni 20.30

Casino

gegen

Notverordnung

und

Katastrophenpolitik

des

Deutschen Beamtenbundes

Fähigkeiten, als mehr der Selbsthaltungstrieb, der von Ausnahmen abgesehen, die Beamten von politischer Betätigung fernhält und sie mehr oder weniger in ihrer dienstlichen Tätigkeit oder allenfalls an gewerkschaftlicher Arbeit eine Befriedigung finden ließ.

In den verhängnisvollen Novembertagen des Jahres 1918 fand das Gros der Beamten vor der Frage „Werden unsere Rechte im neuen Volksstaate gewahrt bleiben?“ Die Antwort der tonangebenden politischen Parteien war nicht schwer zu erraten: „Warum nicht!“ Wäre den neuen Machthabern ein Regieren überhaupt möglich gewesen, ohne ein dienstfremdes, pflichtgetreues, an Pünktlichkeit gewöhntes Berufsbeamtentum? Eben nicht, und darum versprach man den Beamten, ihre bisherigen Rechte zu wahren und darüber hinaus gehende Wünsche, die bislang unberücksichtigt geblieben waren, ebenfalls zu erfüllen.

Man versprach nicht nur, sondern gesetzlich verankert in der deutschen Reichsverfassung lesen wir:

§ 129: Die Unverletzlichkeit der wohlverworbene Rechte wird gewährleistet.

§ 130: Die Beamten sind Diener der Gesamtheit, nicht einer Partei. Allen Beamten wird die Freiheit ihrer politischen Meinung und die Vereinigungsfreiheit gewährleistet.

Unzählige Male ist den Beamten von den Exponenten der verschiedensten Parteien, Marginalien sowohl

Unter ihnen befinden sich 110 Bilder der großen Romanistischer Ausstellung, die aus allen Museen und Galerien Deutschlands zusammen geliehen waren. Außerordentlich tragisch ist die Tatsache, daß bis auf einen ganz geringen Teil der Bilder alles unersetzlich ist. Viele unserer besten Künstler stehen vor dem Nichts, ihr Lebenswerk ist zerstört. Ihre letzten Hoffnungen, die vielleicht ihre ausgestellten Bilder waren, sind vernichtet. Generaldirektor Zimmermann von den Kunstausstellungen des Glaspalastes erklärte, daß sowohl der ideelle, wie der materielle Verlust gar nicht abzusehen wäre.

Die Fraktion der NSDAP. hat sofort im Staatsparlament eine Unterstützung der geschädigten Künstler

beantragt und hat von sich aus R. 500.— zur Einbringung der ersten Not zur Verfügung gestellt.

Die Direktion der Bremer Kunsthalle bittet uns, da sie nicht die vielen an sie gerichteten Anfragen, ob auch beim Brande des Glaspalastes in München Werke der Bremer Kunsthalle vernichtet worden sind, beantworten kann, um Befragung, daß die Bremer Galerie nicht von dem Brandbegriff in München betroffen worden ist. Ein feinerer An die Kunsthalle gerichtete Besuch um Herbeiführung des Bildes „Vor dem Städtchen“ von J. S. J. Olivier wurde von der Direktion der Kunsthalle abschlägig beschieden.

Den Zusammenbruch der Landwirtschaft feiert S.P.D. bei Sekt und Kaviar

In unseren Berichten über den Verlauf des Untersuchungsauflusses über die Roggenförderaktion haben wir bereits mitgeteilt, in welcher verhängnisvoller Weise für die deutsche Landwirtschaft sich das deutsch-polnische Exportabkommen ausgewirkt hat. Dieses Vertragswerk mit Polen zufolge gebracht zu haben, verdankt die deutsche Landwirtschaft dem sozialdemokratischen Reichskommissar bei der deutschen Getreidehandels-Gesellschaft Herrn Dr. Baade.

Von der Regelung des Roggenexportes zwischen Deutschland und Polen durch Herrn Dr. Baade befreit Deutschland $\frac{1}{4}$ und Polen nur $\frac{1}{4}$ des gesamten Roggenexportes nach den nördlichen Ländern. Im Verlauf der ersten Monate nach dem Inkrafttreten des deutsch-polnischen Exportabkommens verschob sich dieses Exportverhältnis völlig zu Ungunsten Deutschlands, also der deutschen Landwirtschaft.

Im Sommer des Jahres 1930 fanden unter der Leitung dieses marxistischen Landwirtschaftlers Dr. Baade Verhandlungen mit den Vertretern Polens in Berlin statt, die auf eine Umänderung verschleierter Bestimmungen des Vertrages und seine Verlängerung bezifferten. Die Verhandlungen führten zu einem Ergebnis, das eine ungeheure Verschlechterung der Vertragsbedingungen gegenüber dem ersten deutsch-polnischen Roggenexportabkommen bedeutete. Hatte doch diese Neuregelung des deutschen Roggenexportes zur Folge, daß nunmehr Deutschland nur noch 20% und Polen 80% des gesamten Roggenexportes nach den nördlichen Ländern befrucht.

Diese Abmahnung des deutschen Roggenexportes bewirkte, daß das starke Roggenangebot einer guten Ernte in Deutschland die Preise auf einen ruinösen Stand herunterdrückte. Jetzt hören wir nun, in welcher Weise dieser sozialdemokratische Reichskommissar nach jenem für Deutschland ungünstigen Vertragsabschluß dieses Abkommen mit den Polen in Berlin feierte.

Goebbels-Prozesse am laufenden Band.

In folgendem geben wir Termine bekannt, die innerhalb von zehn Tagen gegen Dr. Goebbels anstehen:

2. Juni, vormittags 10 Uhr, in Moabit, Turmstr. 91, Portal 4, 3. Stock, Zimmer Nr. 658, wegen Verleumdung.

5. Juni, mittags 12 Uhr, Schöffengericht Berlin-Mitte, Alt-Moabit 11, C. Zimmer Nr. 109, Abt. 202 wegen Vergehens gegen das Gesetz zum Schutze der Republik.

5. Juni, mittags 13 Uhr, Schöffengericht Berlin-Mitte, Abt. 202 Berlin-Mit-Moabit 11, Erdgesch., Zimmer Nr. 120, wegen Verleumdung.

11. Juni, morgens 8.30 Uhr, Amtsgericht Berlin-Mitte, Berlin-Mit. 40, Alt-Moabit 11, Abt. 125, Zimmer Nr. 165, wegen Vergehens gegen das Republik-Schutzgesetz.

12. Juni, morgens 9 Uhr, Schöffengericht Berlin-Mitte, Abt. 203, Alt-Moabit 11, Zimmer Nr. 109, wegen Vergehens gegen das Gesetz zum Schutze der Republik.

Zusammenbruch des deutschen Ostens.

Der Pommerische Landbund veröffentlicht folgende erschütternde Tatsachen. Die nachstehenden Zahlen kennzeichnen die Lage der pommerischen Landwirtschaft:

Rückgang des Absatzes von landwirtschaftlichen Maschinen von 1929 auf 1930 um 30 Prozent;

Rückgang der Kunstdüngerbestellung im gleichen Jahre um 30 Prozent;

Rückgang der Verladung von Kalkmergel von 162.845 Tonnen im Jahre 1929-30 auf 89.400 Tonnen im Jahre 1930-31, also um 45 Proz.;

Anfeinden der Arbeiterentlassungen:

Stellungslose Landarbeiter in Pommern

am 29. Januar 1929: 6926;

am 28. Januar 1930: 8739;

am 31. Januar 1931 14671.

Anfeinden der Zwangsversteigerungen:

In dem Vierteljahr 26. 12. 1930 bis 25. 3. 1931 wurden in Pommern neu eingeleitet 112 Zwangsversteigerungen, davon 83 von Betrieben unter 100 Hektar.

Im pommerischen Ostseegebiet wurden in dieser Zeit eingeleitet

Zwangsversteigerungen 61;

Zwangsverwaltungen 22;

in einer Woche wurden in Pommern neu eingeleitet:

18 Zwangsvollstreckungen, 9 Zwangsverwaltungen.

In einer Woche sind also 27 Betriebe zusammengebrochen.

Eine Anzahl weiterer Betriebe muß zugrunde gehen, wenn sie nicht in die Lage versetzt werden, ihre Forderungen ordnungsgemäß zu büssen. Bei der diesjährigen Frühjahrseinstellung mußten insgesamt 556.750 Morgen ohne Aussaat bleiben, weil die Preisenkässe die Einnahme der Dingerwechsel für diese Betriebe abgelehnt hat.

Allen Zahlenangaben liegen genaue Erhebungen der Landwirtschaftskammer bzw. die Meldungen der pommerischen Amtsgerichte zugrunde.

Die Lehrer gegen Gesinnungsdruck.

Frankfurt a. M. Auf der Vertreterversammlung des deutschen Lehrervereins wurde eine Entschließung angenommen, in der es heißt: Dringend ist ein Entschluß darüber, was unter der „Belebung der Rechtslage“ des Volksschulwesens in den einzelnen Ländern zu verstehen ist, sowie die Verabschießung des Reichsgesetzes über die Beamtenrechte, das die in der Befähigung der Beamten und Lehrern zugesicherten Rechte gegen jeden Gesinnungsdruck und jede Willkür sichert.

Auf Einladung von Herrn Dr. Baade und Herrn und Herrn Direktor Kozulski von der Deutschen Getreidehandels-Gesellschaft begaben sich die Mitglieder der deutsch-polnischen Roggenkommission und einige andere Herren, meist südliche Vertreter der Getreideindustrie Deutschlands und Polens auf die Weinstraßen des Zoologischen Gartens Berlin zu einer kleinen Feier. Hier wurden innerhalb drei Stunden von 17 Herren nicht weniger als 1.200 an schweren Weinen, Sekt und Kaviar verzehrt, deren Bezahlung dann der Deutschen Getreidehandels-Gesellschaft überlassen wurde.

Da alle Aufwendungen der Deutschen Getreidehandels-Gesellschaft aus dem Etat des Reichsernährungsministeriums bezahlt werden, bedeutet diese Ausgabe eine kaum glaubliche Vergeudung öffentlicher Mittel.

Der sozialdemokratische Parteitag wird Gelegenheit haben, sich neben allen anderen Korruptionsaffären des vergangenen Jahres auch mit dieser Verschwendungssucht eines sogenannten Arbeitervertreters an bedeutender öffentlicher Stelle zu beschäftigen. (Das wird er nicht tun!)

Wir fragen aber Herrn Reichsernährungsminister: „Ist Ihnen diese Vergeudung öffentlicher Mittel aus dem Etat des Reichsernährungsministeriums die für die zusammenbrechende Landwirtschaft gedacht sind, in einer solchen ungeschickten Weise bekannt und haben Sie diese Ausgaben gutgeheißen?“

Da es uns unmöglich ist, etwas derartiges zu glauben, dürfte es nunmehr an der Zeit sein, endgültig diesen Herrn Dr. Baade aus seiner verantwortungsvollen Stellung in der Deutschen Getreidehandels-Gesellschaft zu entfernen. Dieses Verlangen wird ihnen nach den Vermittlungen, die Herr Dr. Baade im Getreidemarkte angerichtet hat, nach dem Bekanntwerden dieser Verschwendung öffentlicher Mittel aus allen Kreisen der deutschen Landwirtschaft fürmlich entgegengebracht werden.

Junii

18

Mitglieder - Versammlung

Centralhallen

20.30 Uhr

Eintritt nur gegen Mitgliedskarte

Bücherecke.

„Arbeiterium“.

Folge 6 des „Arbeiterium“ ist reichhaltig wie immer. Man muß schon sagen, daß die Schriftleitung es versteht, jeder Nummer ein eigenes Gepräge zu geben, ohne die Grundlinie zu verlassen. Aus der Fülle des Inhaltes sei nur einiges herausgegriffen: Ueber „Deutschlands Betriebe sind stumm“ schreibt der Reichs-Betriebszellen-Leiter Pg. Schumann, M. d. R. „Wir wollen den Achtstundentag!“ ist das Thema, welches der Organisations-Leiter der R.S.D., Pg. Muchow behandelt. Für den guten Inhalt trägt Artikel bürgen die Namen beider Verfasser. Während Pg. Schumann das ständige Vordringen der R.S.-Betriebszellen schildert, zeigt Pg. Muchow mit geistlichen Worten den Verrat des Achtstundentages durch die Sozialdemokratie. Pg. Pfister, der in vielen Gauen schon bekannte vortreffliche Redner der R.S.D., dessen vorzügliches Material und stilvoller Aufbau seiner Reden bekannt sind, bringt unter „Deutsche Arbeiterkraft und Herr von Hindenburg“ einige Schmuckwörter derer zum Vorschein, die den jetzigen Reichspräsidenten heute auf ihr Schild heben, ihn aber während seiner Kandidatur zur Reichspräsidentenwahl wütend begeißelten. Ebenfalls zu beachten sind die Artikel von Pg. Dorff und Pg. Gustav Schlotterer über „Internationale Profitwirtschaft oder nationale Bedarfswirtschaft?“ und „Arbeit und Arbeitslosigkeit“. Auf ein noch nicht überall vollesichtiges Gebiet wird in den Artikel „Markt Betriebsvertretungen“ von Pg. Karl Poppler hingewiesen. Alles in allem wieder das, was man vom „Arbeiterium“ erwarten konnte. Der Werbe-Aktion, welche für den Monat Juni angekündigt ist, wünschen auch wir vollen Erfolg. Beteiligte sich ein jeder daran, dem legendären Zeit dazu bleibt. Die Zeitschrift verdient es! Werbematerial kann in genügender Anzahl vom Büro M. Schumann, Berlin W. 30, Mohrstraße 79, angefordert werden.

„Die Brenneisel“, politisch-satirische Kampfschrift. Schriftleiter Karl Fröhlicher, Zentralverlag der R.S.D., Frz. Eher Nachf., G.m.b.H., München 2, M.D. Dierichstr. 11. Preis des Einzelheftes 40 Pf., im Abonnement für das 2. Vierteljahr (7 Folgen) 2.40 RM., zuzügl. 12 Pf. Post- und Vertriebskosten; für Mai und Juni 1.60 RM. zuzügl. 8 Pf. Post- und Vertriebskosten. — Am 27. Mai 1931 erschien die Folge 8 der Brenneisel. Dem Hefebund ist das Titelbild mit dem „vertaucten“ Schwanenritter gewidmet, das Schlußbild verportet die gegenwärtige heutige Zeit. Ein besonders wirkungsvolles Bild ist die Zeichnung des Künstlers Hiden mit dem Titel „Notmord“. Die Ereignisse in Königsberg und der neue Berliner Überbürgermeister dürfen unter den aktuellen Bildern nicht fehlen. Der Textteil, der von Nummer zu Nummer reichhaltiger wird, ist jetzt fast ausschließlich auf die politische Satire eingeleitet und bildet mit seinen Gedichten, langen und kurzen Prosastücken und einem lustigen Briefstücken eine humorvolle Revue der leider so traurigen Zeit.

Herr Wirth, erhören!

„Das rote Jungvolk“ vom Weist, ein marxistisches Organ, versucht ebenfalls sein Bestes zu der Zeit einiger Zeit äußerst rege betriebenen Religionshege beizutragen. Man liest folgendes:

„Der Faschismus ist noch lange nicht der schärfste Feind. Ich halte für den größten und gefährlichsten Feind der Arbeiterklasse die Kirche mit ihren Dienern, den Pfaffen. — Wir erkennen darin ganz genau die Wäste des Kapitalismus, der hierin einen Weg geht, der am meisten Aussicht auf Verdrümmung und Ausnützung der Arbeiter gibt.“

Macht endlich Schluß mit der Kirche! Es genügt nicht, wenn ihr euch darauf legt, nicht in die Kirche zu gehen, sondern ihr müßt aus ihr austreten.

Wir müßten Paragraphen haben, die sämtliche Mitglieder zwingen, wenn sie weiter in der Bewegung bleiben wollen, daß sie die Kirche verlassen müssen. Nicht nur wir, sondern auch die Kommunisten müßten in ihren Reihen energisch darin durchgreifen.“

Der Ton und die Dialektik ist allein kennzeichnend. Es fehlt nur noch, daß die marxistische Gruppe, die hinter diesem Blatt steht, ebenfalls aus öffentlichen Mitteln wegen ihrer „kulturellen Bedeutung“ unterstützt wird.

Parteienoffe!

Hast Du schon einen neuen Sympathisierenden für deine Betriebszelle

geworben?

Kämpfe um Deine Arbeitsbrüder

NSDAP Bremen.

Geschäftsstelle: Pelzerstraße 12/13.

Fernsprecher: Domsheide 20 012.

Geschäftszeit: 8.30 bis 20 Uhr durchgehend.

Postfachkonto: Hamburg 79 121 Wilh. Mohrmann. Ortsgruppenleiter: Pg. Kurt Thiele, M. d. R. (ist nur nach vorheriger Anmeldung nachmittags von 16.30 bis 18.30 Uhr zu sprechen.)

Fraktion Dten.

Sprechstunde: Jeden Dienstag 19.30 bis 20 Uhr in der Geschäftsstelle.

Sektion Westen.

Der Sektionsführer West ist jeden 1. und 3. Dienstag eines Monats auf der Geschäftsstelle, Pelzerstraße 12/13, zwischen 7½ und 8½ Uhr abends zu sprechen.

Sektion Habenhausen.

Der Sektionsführer Habenhausen ist jeden 1. und 4. Dienstag in seiner Wohnung zu sprechen.

Sektion Neustadt.

Der Sektionsführer Neustadt ist jeden Montag und Dienstag abends von 8—10 Uhr in seiner Wohnung zu sprechen.

Sektion Mitte.

Sprechstunden des Sektionsführers am ersten und dritten Montag jeden Monats von 20 bis 21 Uhr auf der Parteigeschäftsstelle.

Sektion Schwachhausen: Ersten und dritten Montag von 8 bis 9 Uhr abends auf der Parteigeschäftsstelle.

Sektion Findorff.

Der Sektionsführer ist jeden Montag auf der Geschäftsstelle Pelzerstraße, abends von 20 bis 21 Uhr, zu sprechen. Wichtige Funktionärs-Sitzung am Montag, dem 8. Juni, 20½ Uhr im alten Lokal.

Sektion Huchting.

Der Sektionsführer ist jeden ersten Montag eines Monats in seiner Wohnung zu sprechen.

S.H. (Sturmabteilung).

Geschäftsstelle: Pelzerstraße 12/13.

Fernsprecher: Domsheide 20 012.

Geschäftszeit: 9—13 und 15—19 Uhr.

Sonnabends 10—14 Uhr.

R.S.D. Arztbund.

Geschäftsstelle: Pelzerstraße 12/13.

R.S.D. (Nationalsozialistischer Lehrerbund).

Anmeldungen zum Nationalsozialistischen Lehrerbund werden jeden nachmittags (außer Sonnabend) auf der Parteigeschäftsstelle, Pelzerstraße 12/13, entgegen genommen.

Kriegsbeschädigte.

Der Obmann für Kriegsbeschädigtenfragen ist jeden Donnerstag in der Zeit zwischen 7 und 8 Uhr abends auf der Geschäftsstelle zu sprechen.

Deutscher Frauenorden.

Geschäftsstelle Pelzerstraße 12/13.

Zusammenkunft alle 14 Tage Mittwochs.

Nächste Zusammenkunft Mittwochs, den 10. Juni 1931, in den Pappelfeldern (Ecke Bach—Mathenaule), nicht im Magdeburger Hof.

Sprechzeit: Dienstags v. 10 bis 1 Uhr, Freitags 4 bis 7 Uhr.

N.S.S. (Nationalsozialistischer Schülerbund).

Geschäftsstelle: Pelzerstraße 12/13.

Sprechstunden: Gauleiter Mittwochs ab 19½ Uhr, Bezirksführer täglich ab 18 Uhr, Bezirks-, Kultur- und Pressewart Freitags von 19.30 Uhr ab.

Die Geschäftsräume befinden sich jetzt Pelzerstr. 12/13 Hinterhaus 2. Stock. Wir bitten noch um einige Stühle und Tische.

H.J. (Hitler-Jugend).

Geschäftsstelle: Simonstraße 25 II.

Sprechst. des D.G.H. Sonnabend nachm. 17—19 Uhr.

Verantwortlich: Polit. (Reichs- und Bremer): Hans Karl von Scharf; für Lokales und Bewegung: Johannes Claus; für Feuilleton: Heinz Wegener; für den Angehörigen: C. A. Götter; sämtlich in Bremen. — Druck und Verlag: W. Henjes, Oldenburg. — Für unverlangt eingelangte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Auch ist sie zur Rücksendung nicht verpflichtet. — Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.

Familien-Nachrichten.

Verlobte: Charlotte Rahrs und Heinrich Schröder. Edith Schmier und Gustav Ang. Elfriede Teutler und Harry Ruhn. Meta Meyer u. Wilhelm Müller. C. ff. Jenker und Christel Speckter. Frieda Bruns und Hermann Hilken. Luise Weigel und Willi Niemann. Anne Saalmann und Wilhelm Mundt.

Vermählte: Heinz Steinmeyer u. Frau Doretchen, geb. Thomsen. Albin Theders und Frau Grete geb. Sandersfeld. Frank Binder u. Frau Wilma, geb. Meyer. Niko Klück u. Frau Sophie geb. Wessels. Hermann Lütke und Frau Erika, geb. Taube. Dr. med. Rorthauer u. Frau Elise, geb. Dornedden. Bernhard Runken und Frau Elise, geb. Buchholz. Anton Noll und Frau Irma, geb. Weigig. Walter Gierke und Frau Emmi, geb. Schacht.

Geborene: Willi Hummel u. Frau Elfriede, geb. Döring (Knabe). Claus Dreyer und Frau Meta (Knabe). Erich Schmidt und Frau Marga, geb. Gattermann (Knabe).

Verstorbene: Charlotte Rumbler. Adolf Zimmermann im 61. L. Walter Schultze sen. Martha Helmbrecht, geb. Heller. Erich Bohne im 21. L. Marie Schwenning, geb. Hoje im 65. L. Christine Sander, geb. Hoffmeyer. Christine Reimers, geb. Ehms im 87. L. Frieda Huhn, geb. Schulze im 33. L. Jacob Wartjes im 49. L. Miesje Schöpfel im 26. L. August Hüneke im 73. L. Heinrich Lühting im 62. L.

Küpperbusch

Gasherde, Badeöfen
Badewannen

prima Ware, bill. Preise, gr. Auswahl
Soltau-Weinreich, Carlstr. 8

Stadttheater.

Heute, 20 Uhr, 200. Ab.-Vorst.
Erste Vorstellung im Mozart-Zyklus:

Die Zauberflöte

Donnerstag, 20 Uhr, 201. Ab.-V.
Dritte Vorstellung im Lortzing-Zyklus:

Zar und Zimmermann

Freitag, 20 Uhr, 202. Ab.-Vorst.
Gastspiel Julius Donath

Die Kreuzschreiber

Sonnabend, 20 Uhr, 203. Ab.-Vorst.
Letzte Vorstellung im Lortzing-Zyklus:

Der Waffenschmied

Sonntag, 20 Uhr, 204. Ab.-Vorst.
In neuer Inszenierung

und neuer Ausstattung!

Zweite Vorstellung im Mozart-Zyklus:

Figaros Hochzeit

Damenhüte

Kinderhüte in jeder Art u. Preislage. Um-
arbeitung von alten Hüten gut und schnell

Bewie, Pelzerstr. 7.

Gutschein!

Gültig für Kleine An-
zeigen bis 6 Zeilen.
Für diesen Gutschein
erhalten Sie

eine Anzeige

unter Mieten u. Ver-
mieten, Kaufges., Kauf-
angebote, Stellenmarkt
etc. in der Größe von
6 Zeilen bei Zuzahlung
von nur 50 Pfennig.
Gültig bis zum 30. Juni 1931.

Kleiner

Laden

im Zentrum der Stadt sofort
gesucht. Eilangebote unter
B. 111 an die Expedition
des Blattes.

Stellengesuche

20-jährig. 19. Mädchen
sucht zum 15. Juni oder
1. Juli Stellg. im Haus-
halt als Alleinmädchen.
Gute Zeugnisse vorhanden.

Martha Meyer
Hamburgerstr. 43

Mietgesuche.

2-3-Zimmerwohnung
2-40-50 RM. von Bg. ge-
fordert. Eilangebot unter
B. 112 an die Expedi-
tion des Blattes.

Hilferjunge Lehrling
mit eigenem Bett sucht sof-
ort Stellg. bei Bg. Angebote
unter B. 114 an die Expe-
dition des Blattes.

Zu vermieten.

Kl. möbl. Zimmer
St. Paulistraße 41.

Verschiedenes

Stühle berohren
von 1.50 Mark an.
Parteienoffen 10 Prozent
Rabatte unter B. 112 an
die Expedition des Blattes.

Unterricht.

**Englisch
Spanisch**
Monatlich 3 Mk.
Sprachlehr. Arnold
Arsgartorstr. 5.

In meinem

großen Werbefeldzug

erhält jeder Käufer von heute bis Sonnabend
ein Paar Strümpfe, ein Hemd, Unterkleid,
Badeanzug, Pullover oder Sportweste, beim
Einkauf eines zweiten Paares oder Stückes:
das zweite zum halben Preise

Bei verschiedenen Preislagen gilt das teure als das erstgekaupte
Nur einige Markenartikel u. Einheitspreiswaren ausgenommen
Kostet zum Beispiel ein Gegenstand M. 2.50
so kostet der zweite nur . . . M. 1.25
Also beide zusammen statt M. 5.- nur M. 3.75

Das ist doch eine Sensation!

Hagemann

Faulenstr. 4-8

Filiale Landwehrstr. 115

Ein kleiner Überschuss an Lebenskraft

Ist es, der so manches Spiel schon gewinnen
ließ. Aber nicht nur Sportsleute brauchen
diesen kleinen Ueberfluß, auch jeder Andere,
der den Kampf des Lebens bestehen will. Trin-
ken Sie täglich das herbe, vollnützige Kö-
niglicher Schwarzbier, es schafft Ihnen den
kleinen Ueberfluß an Lebenskraft, den Sie
haben müssen. Es wird aus reinem Mals ohne
Zusatz von Zucker hergestellt.

Königlicher Schwarzbier ist in den Bierhandlungen und
Lebensmittelgeschäften erhältlich. Generalvertretung
H. Beck & Co. Wegesende 22-24 Auf D. 29722

20 Frauen

zuverl. zum Austragen unserer Zeitung
gesucht.

Frauen von Parteienoffen bevorzugt.
Meldung auf der Geschäftsst. d. B. M. 3.
Bahnstraße 26.

Decken Sie Ihren Bedarf
bei unseren Inserenten

Den gewaltigsten Aufstieg

den je eine Partei errungen hat, ist die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei mit ihrem Führer

Adolf Hitler!

Ein erneuter Beweis sind die Landtagswahlen in Oldenburg! Ueberzeugen Sie sich an Hand der Resultate
Sie werden daraus ersehen, daß die N. S. D. A. P.

Die Partei der Zukunft,

die Partei des Aufstiegs ist. Daraus ergibt sich, daß die nationalsozialistische Presse, das Inseratenblatt des
bedeutenden Geschäftsmanns wird und heute schon sein sollte.

In Bremen

werben Sie fortan Ihre Kundschaft durch das Organ der Nationalsoz. Deutschen Arbeiterpartei, die

Bremer Nationalsozialistische Zeitung.

Verlangen Sie Vertreterbesuch unter D 25878.

Das Oldenburger Ergebnis:

Nationalsozialisten	97 778	19 (3)	Wirtschaftspartei	4 274	— (2)
Deutsche Volkspartei	5 558	2 (9)	Landvolk	5 403	1 (3)
Sozialdemokraten	54 878	11 (15)	Christlich-Soziale	2 942	— (—)
Deutsche Staatspartei	8 513	1 (5)	Zentrum	46 192	9 (9)
Kommunisten	18 935	3 (1)	Deutschnationale	12 629	2 (3)

Aus Bremen Stadt und Staat.

Werdet härter!

Wünsche und Hoffnungen werden jeden Tag laut. Aber sie müssen alle leer und unerfüllt bleiben, weil sie noch lange nicht verbunden sind mit dem Willen jedes Einzelnen, das Seine zur Wendung des Schicksals des deutschen Volkes zu tun. Viele haben trotzdem diesen ersten Willen, sie stehen in den Reihen der roten Arbeiterschaft eben so gut, wie in den Reihen der Nationalen, aber sie finden nicht den richtigen Angriffspunkt, wo sie mit ihrer Arbeit einleiten könnten, weil sie von unerwartlichen Individuen absichtlich irreführt werden. Die einen, und das sind die roten Arbeiter, führen einen Verzweiflungskampf zur Erreichung eines Anteils am Besitz und an den Rechten der menschlichen Gesellschaft und sehen nicht, daß nur die Not- und Brotgemeinschaft eines Volkes die Kräfte aufbringen kann, um aus dem Klammer des Weltkapitals zu reihen, um wieder frei zu werden, so daß wir die wohlverdienten Früchte unserer Arbeit wieder selber verzehren dürfen. Die anderen, die Nationalen, begreifen nicht, daß ihr ganzes Gerede von Volk und Nation Unfug ist, solange nicht die sogenannte rechte Einheitsfront, hinter der die staatsverfeindenden, faulen, kapitaltraffigen Elemente ihr Umwesen treiben, zerfällt ist. Wir brauchen keine Briefkastepatrioten! Solange nicht erkannt wird, daß nur ein deutscher Sozialismus, der dem Arbeiter Brot und Vaterland wiedergibt, ein einiges Volk schaffen kann, solange helfen beide ihren eigenen Ketten schmeiden. Sie führen einen Kampf gegen Windmühlenspiegel. Fremde und Mitkämpfer des Nationalsozialismus! Wir wissen: Unserer Weltanschauung gehört die Zukunft. Wir wissen aber auch, daß wir nur kämpfend siegen werden. Vor euch liegt der Kampf oder der Untergang. Täglich steigt die Not unseres Volkes, sie erfordert den Einsatz unserer ganzen Kraft. Darum: Werdet härter! Jeder Mann auf seinen Posten. Nur dann können wir den Sieg an unsere Fahnen heften. W. G.

Heute beginnt

unser großer vaterländischer Roman: „Die alte Burg“ von J. Robit, der uns in seiner packenden Schilderung in die bittere Zeit vor den deutschen Freiheitskriegen führt, in der Sperrmut und Vaterlandsleid mit Verzweiflung und feigem Verrat ringen gleich wie in unserer Zeit. Wir lernen in dem romantischen Leben einer alten versteinerten Burg Stein, Scharnhorst, Gneisenau kennen, erleben von hieraus das Erwachen des preußischen Volkes und spüren auf jeder Seite den kommenden Freiheitskampf einer Nation. Und doch blüht gerade in diesen Zeiten und Wirren junges Liebesglück prächtiger Menschen auf, die wir schäben von Anfang an und deren Lebensgeschichte wir mit wachsender Spannung verfolgen. So erfährt der Roman alle Seiten menschlichen Interesses und gibt uns zugleich Kraft und Freude, den eigenen schweren Weg unseres Volkes zu gehen.

Arbeiterzeitung lügt.

Am Montag brachte die Arbeiterzeitung einen Bericht über einen Mordüberfall auf Kommunisten in Delmenhorst. Hierzu stellt unser Berichtslatter fest, daß der ganze Artikel reißlos frei erfunden und erflogen ist. Nicht 4 Nationalsozialisten haben 80 Kommunisten, sondern 80 Mordmordbanditen haben 4 S.A.-Leute am Kirchplatz in Delmenhorst in der rohesten Weise überfallen. Unsere Leute waren von einigen Kommunisten angerepelt worden und hatten mit diesen eine Auseinandersetzung, als eine Abteilung Kommunisten von einem Ausmarsch geschlossen zurückkehrte. Sofort stürzte sich die ganze Horde auf die S.A.-Leute, hieb und stach auf sie ein und wäre nicht die Polizei erschienen, hätten diese Bestien sie zu Tode getrampelet. Die Polizei mußte unsere besinnungslos am Boden liegenden Parteigenossen in Schutzhaft nehmen, um ihnen die schweren Sieb- und Stichwunden verbinden zu lassen. Es hat den Anschein, als sei der Überfall planmäßig vorbereitet. Verschiedene Kommunisten wurden verhaftet.

Wann wird endlich darin Wandel geschaffen, daß kommunistische Mordbanditen das alleinige Recht auf die Straße haben? Uns zieht man buchstäblich das Hinterteil der Hand aus, während rotes Mordgegendel im Blutbad die Straße beherrscht und uns schlach macht.

Katastrophenpolitik des Deutschen Beamtenbundes.

Wie sehr sich die Arbeit des Deutschen Beamtenbundes um die Interessenvertretung der ihm angeschlossenen Beamten zu einer Katastrophe entwickelt hat, darüber dürfte heute in allen beteiligten und unbeteiligten Kreisen kein Zweifel mehr bestehen. Deswegen nimmt es auch nicht Wunder, wenn eine am letzten Donnerstag in Hamburg abgehaltene Protestversammlung des Landesartell Groß-Hamburg des Deutschen Beamtenbundes einen so überaus stürmischen Verlauf nahm. Die Referate der ersten und zweiten Vorlesenden wurden dauernd von erregten und dröhnenden Zwischenrufen unterbrochen. Es entstand der Eindruck, daß die Hauptversammlungen der Beamten mit den parlamentarischen Leistungen ihrer Führer nicht zufrieden waren und deren Taten in keinem Verhältnis zu den schönen Worten ständen. Die Versammlung brachte einen geradezu erschütternden Auschnitt aus der Not der unteren Beamtenschaft. Diese Erregung bleibt aber nicht auf Hamburg beschränkt, sondern geht durch das ganze Reich. Von allen Ecken des Reiches hört man jetzt Stimmen einer mehr und mehr sich greifenden Erregung. Die bisherige Ruhe der Beamenschaft, mit

Auflösung der Bürgerschaft.

Verschiebung der Staatsverhandlungen — Nachtragsetat geplant?

Wir haben schon in unserer letzten Ausgabe den Brief der nationalsozialistischen Bürgerfraktion an Bürgermeister Dr. Donandt und ebenfalls den Brief des Stahlhelms veröffentlicht, die beide die Auflösung der Bürgerschaft verlangen, weil ihre zukünftigen Beschlüsse auf Grund der bremischen Verfassung ungescheitlich sein werden. Es sei dabei nur darauf hingewiesen, daß

die Verweigerung von Steuerzahlungen erfolgen kann, weil der Etat von einer ungescheitlichen Bürgerfraktion verabschiedet wurde.

In der nächsten Sitzung wird aller Wahrscheinlichkeit der schon lange auf der Tagesordnung stehende nationalsozialistische Antrag auf Auflösung zur Beratung kommen, der durch die neu geschaffene Lage zu besonderer Bedeutung gekommen ist. Wenn auch die Volkspartei vor einiger Zeit sich wegen der kommenden Staatsverhandlungen dazu entschlossen hatte, den Antrag geschlossen abzulehnen, so hat sich die Situation in der Zwischenzeit doch erheblich geändert, nicht nur rein rechtlich, sondern durch die wesentliche Senkung der Steuerüberweisungen auch etatspolitisch. Schon durch die Verschiebung der Staatsverhandlungen auf den 25. Juni läßt die

inneren Schwierigkeiten einer Verständigung

der Regierungsparteien

erkennen und man wird sich vielleicht so um die Entscheidung drücken, daß man den Etat ohne Steuererhöhungen mit einem großen Defizit annimmt und gleichzeitig

einen umfangreichen Nachtragsetat

ankündigt, der dann erst im Herbst die Regierung in Schwierigkeiten bringt. In diesem Falle würde wahrscheinlich die Volkspartei unseren Auflösungsantrag ablehnen und die rein staatsrechtliche Entscheidung

über das Weiterbestehen der Bürgerschaft dem zuständigen Gerichtshof überlassen. Auf jeden Fall liegt wieder einmal bei der Deutschen Volkspartei die Entscheidung und Verantwortung für die kommende parlamentarische Entwicklung in Bremen.

Auf der Tagesordnung der nächsten Sitzung steht unter anderem die

geplante Erhöhung des Schulgeldes

an den stadtbremischen höheren Schulen, die praktisch auf eine neue schwere Belastung breiter Volksschichten hinausläuft. Solange nicht alle übrigen Sparmöglichkeiten erschöpft sind und sie sich noch nicht, sollte der Antrag abgelehnt werden. Etwas anderes ist es bei der Bewilligung von 400.000 RM. Mehrlöten für das Kaiserbad II in Bremerhaven, die ja bereits verarbeitet wurden und die ein nicht verlorenes Anlagekapital im Interesse der bremischen Gesamtwirtschaft darstellen.

Die geplante gesetzliche Regelung von polizeilicher Verwahrung von Personen ist bei richtiger Handhabung zu begrüßen, desgleichen eine Neuordnung des Bestattungswesens.

Nach einem mündlichen Bericht des Geschäftsordnungsausschusses stehen

29 Anträge

zur Debatte, von denen sicher wieder nur ein kleiner Teil Erledigung finden werden, zumal die Schulgelderhöhung den zahlreich vertretenen Lehrern in der Bürgerschaft zu ausführlichen Beratungen Anlaß geben wird. An sich aber wäre es sehr wünschenswert, wenn das Verhandlungstempo etwas beschleunigt und mit der Tagesordnung einmal wirklich aufgeräumt würde, da bei dem bisherigen Verfahren die Zahl der unerledigten Anträge zu- statt abnimmt. — art.

Gegen Mord und Blutterror. Protestversammlung auf dem Hohentorsplatz

Tag für Tag gehen durch unsere N.S.-Presse die Berichte über ermordete S.A.-Leute, niedergeschlagene Parteigenossen. Die rote Mordpest entsetzt sich täglich hemmungslos, greift um sich wie eine Seuche. Im Monat Mai haben wir 5 Tote, 134 Schwerverletzte und 183 Leichtverletzte zu verzeichnen, Zahlen, die aber noch keinen Anspruch auf Vollständigkeit haben. Und schon wieder trifft die Nachricht ein, daß in Chemnitz 2 S.S.-Leute von roten Mordbanditen aus dem Hinterhalt erschossen wurden und 8 S.S.-Rameraden schwer und 4 weitere leicht verletzt sind. Wenn wir Nationalsozialisten auf die Straße gehen und marschieren, dann tun wir es nicht, um den Beifall der Menge zu erringen, sondern aus bitterster Not heraus und aus heißer und ehrlicher Liebe zu den irreführten deutschen Volksgenossen. Unter der Vorberordnung zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen haben wir jeden Buchstaben dieser Weise erfüllt, keine Versammlung fand unangemeldet statt, wir marschierten in Trachten, wie es die einzelnen marxistischen Landräte vorschrieben, wir trugen keine Waffen, aber rotes Mordbanditentum wütete noch in graufamer und ungehinderter als jetzt unter der Vorberordnung. Unsere Zeitungen werden mit den ausgefallenen Begründungen ver-

botten, während man auf der anderen Seite offene Auforderung zum Mord und die Verherrlichung des Anschlages auf Prof. Günther duldet.

Die nationalsozialistische Bewegung wird völlig rechtlos gemacht, während rote Verbrecher und Mordgesindel täglich auf Ueberfall und Totschlag ausgehen.

Deswegen am Donnerstag heraus zum Massenprotest gegen die Vergewaltigung des erwachenden Deutschlands, heraus zum Protest gegen die rote Mordpest. Donnerstagabend 8.30 Uhr ist jeder deutsche Volksgenosse bei unserer Massenversammlung auf dem Hohentors-Platz. Die S. A. tritt um 20 Uhr bei der Lobgedächtnisfeier und marschiert geschlossen über Breitenweg, Georgstr., Kaiserstr. zum Hohentors-Platz.

In dieser Stunde der Not erheben wir unseren Auf nach Sammlung aller deutschbewußten Kräfte zum Kampf für die Befreiung Deutschlands, zum Aufbau des dritten Reiches.

Erfolten lassen möchte man uns und uns zum Schweigen bringen. Aber dadurch führt nicht unser Mut, denn jedes neue Verbot verleibt unserem Angriffsgesicht neuen Schwung und frische Kraft unserem Tatwillen.

der sie neue Steuern und Gehaltskürzungen über sich ergehen läßt, ist viel zu anständig, Beamte, Angestellte, Selbstbediente, leisten mehr Mitarbeit in Euren Gewerkschaften, fegt unschöne Kräfte aus Eurer Führung hinweg. Wenn aber die seit Jahrzehnten bestehende Beamtenorganisationen nicht Eure Forderungen vertreten können, dann treten ein in die Arbeitsgemeinschaft der nationalsozialistischen Beamten.

Wißt Ihr, daß das Landesartell Bremen des Deutschen Beamtenbundes die Abhaltung einer öffentlichen Protestversammlung abgelehnt hat? Laßt Euch nicht länger irreführen.

Zur Brotpreiserhöhung in Bremen.

Seit Montag dieser Woche ist der Brotpreis von 44 Pfg. auf 47 Pfg. heraufgesetzt worden.

Zur Aufklärung über die Brotpreiserhöhung teilt die Pressestelle des Senats folgendes mit:

Als Anfang Dezember v. J. der Preis für das 1 kg.-Brot (Bremer Graubrot) auf 44 Pfg. festgesetzt wurde, geschah das auf der Grundlage eines Wehleinfuhrpreises von 28,50 RM. per Doppelzentner. Die Preisfestsetzung erfolgte unter dem Vorbehalt, daß sie solange maßgebend sein sollte, als der Preis des Wehles nicht 30,50 RM. übersteigen würde. Dieser Satz ist bereits seit Monaten überschritten, er schwankt zur Zeit zwischen 31 und 32 RM. Das Bäckergewerbe ist deshalb schon wiederholt wegen einer Erhöhung des Brotpreises vorzeitig geworden, jedoch hat sich diese unerwünschte Maßnahme bislang im Verhandlungswege vermeiden lassen. Neuerdings ist das Drängen des Gewerbes indes so stark geworden, daß es, zumal dem Senat irgend welche Zwangsmaßnahmen gegenüber dem Gewerbe nicht zustehen, nicht mehr möglich gewesen ist, die Brotpreiserhöhung aufzuhalten.

Die erhöhten Preise sollten bereits vor einer Woche in Kraft treten, das Gewerbe hat sich dann aber noch einmal zu einem Aufschub von 8 Tagen bereitgefunden und zwar im Hinblick darauf, daß inzwischen der Senat das Reichsernährungsministerium angeregt und um beschleunigte Zumeilung verbilligter Mehlgens für den hiesigen Bereich gebeten hatte. Da die diesbezüglichen vergangenen Donnerstag im Reichsernährungsministerium geflogenen Verhandlungen leider aber zunächst zu keinem Erfolg geführt haben, ist nunmehr am

Montag die Brotpreiserhöhung in Kraft getreten.

Der Senat betrachtet jedoch dieses bedauerliche Ergebnis noch nicht als endgültig; die Vermittlungen, verbilligten Mehlgens für Bremen zu erhalten, werden fortgesetzt, auch wird mit dem Bäckergewerbe weiter verhandelt werden. An der Bekämpfung, die in den nächsten Tagen stattfinden soll, wird ein Sachverständiger des Reichsernährungsministeriums teilnehmen, um dessen Entscheidung der Senat gebeten hat.

Der erfolgreiche Müde.

Wie wir nicht anders erwarten haben, sind inzwischen die anständig gewonnenen Ziele der republikanischen Verbände von dem Demagogon Müde in einer öffentlichen Erklärung abgelehnt. Wir wollen abschließend nur noch feststellen, daß sich unserer Bewegung eine ganze Reihe neuer Kämpfer mit der ausdrücklichen Begründung angeschlossen haben, der Demagogon Müde habe sie von der Richtigkeit unseres Kampfes überzeugt. Vielleicht sollten wir Herrn Müde für diese Werberarbeit besonders entschädigen.

Ein Lebungsmaß.

Sonntag, den 7. Juni, war Sturm 2 und der Spielmannszug angetreten zum Lebungsmaß. Unter den Klängen eines Hörnermarsches ging es hinein in den taufrischen Morgen. Manah verschlafenes Gesicht guckte aus den Villen der Parkallee hinab auf uns närrische Leute, die wir im Braumhemd in disziplinierter Ordnung der Munte entgegenzogen. Hier begrüßten uns die Paddler mit einem frischen „Heil Hitler!“ Der Zweite unseres Aufzuges begann jetzt. Der Sturm wurde flugs in 2 Trupps eingeteilt, während das Tambourchor für sich los zog. Mit etwas Humor und gutem Willen wurde so der eintönige Aufmarschweg bezwungen. In Gruppenform formiert, marschierten wir dann über Stühlfeld den Vesteherdeich hinunter. Durch die Klänge unseres Spielmannszuges angelockt, kamen die Bauern von den Feldern und aus den Häusern. Ihnen muß unsere Marschfreudigkeit gefallen haben, denn ausnahmslos wintete man uns freundlich zu. Durch Oberneuland, Rodwinkel ging es nach Vitzensholz, wo eine Frühlingspausche eingelegt wurde. Der Seimweg führte uns über die Franz Schüttallee wieder in die Stadt. Beim Abtreten waren wir uns einig, daß wir eine gute Werberarbeit geleistet hatten.

RUNDFUNKPROGRAMM

Von 5.45 Uhr bis 15.00 Uhr.

5.45 Zeitangabe.
5.50 Wetterbericht und Landwirtschaftsmeldungen.
6.45—8.00 Schallplattenkonzert.
6.55 Wetterbericht.
7.00 Zeitangabe.
8.00 Wetterbericht. Funk der Hausfrau.
12.10 Wetterdienst.
12.20 Börsenfunk.
12.40 (Nur Montags) Bremer Futtergetreidemarkt.
12.55 (Außer Sonntags) Neuerer Zeitzeichen.
14.05 Nachrichtendienst.
14.45 Schiffsfahrtsfunk.
15.00 Börsenfunk.

6.45 Frühstück. — 11.00 Wilhelm Groß, — 11.15 Joseph Hapin, Klaviertrio Nr. 1 für Bioline, Violoncello und Klavier. — 11.30 Zeitgenössische Kompositionen. — 12.15 Die three Wishes. — 13.15 Mittagstisch des hannoverschen Norag-Orchesters. — 16.15 Konzert. — 17.30 Anläßlich des Officialjubiläums: Niederdeutlich-nordische Kulturbeziehungen in der neueren Zeit. 2. Klavier und Romantik. — 17.55 Das Marionettentheater. — 18.15 Die bunte Stunde. — 19.00 Es wirbt der Mensch seit Tausenden von Jahren. 3. Reflektir zur Zeit unserer Eltern und Großeltern. — 19.30 Gebanten zur Arbeitslosigkeit. Neue Arbeitspläne im Staatskai. — 20.00 Frauen in Niederdeutschland. — 21.00 Eine Stunde Arbeit, Sage und Song mit Seefahrern, Fischern und Bauern. — 22.30 Konzert im Cafe Continental. — 23.15 Konzert im Restaurant Oftermann.

6.45 Frühkonzert. — 11.00 Auf der Vogelinsel Langer-
 mer. — 11.30 Kabarett. — 12.30 Mittagskonzert des kleinen
 Orator-Chores. — 14.15 Fortsetzung des Mittagskonzerts.
 16.15 Deutsche Jugendmusik. Junge Menschen auf großer Fahrt.
 — 16.40 Italienische Liederstunde. — 17.25 Heinrich Hart, zum
 Gedächtnis. — 17.55 Aus Hamburgs Vergangenheit. 3. Vier
 Hamburger Geesellen. — 17.55 Gestern und heute in der Türtel.
 — 18.20 Die bunte Stunde. — 19.00 Englisch für Fortge-
 schrittene. — 19.30 Auf der Gefährtenreise. — 20.00 Der Tod
 bei Verbi. — 21.00 Richard Strauß. — 22.20 Aktueller Dienst.
 — 22.30 Sammer: Konzert im Café Kröpke. — 23.15 Konzert
 im Geopros-Palast.

6.45 Frühkonzert. — 7.10 Brunnentonzert aus Bad Nenndorf. — 11.00 Schallplattenkonzert. — 11.00 Die beliebtesten Raienpiele. — 11.30 Kleine Stücke und Lieder von Mozart. — 12.30 Mittagkonzert des hann. Orchesters. — 14.15 Fortsetzung des Mittagkonzerts. — 16.15 Weltliche Arien aller Meister. — 17.00 Konzert von Schreiner. — 17.25 Straße der Ehre. Die christliche Ehre in ihren Werken. — 18.30 Die bunte Stimme. — 19.00 Tiererkrankheiten und Weltgesundheitsf. — 19.25 Die Führerpersönlichkeit im Sport. — 20.00 Der junge Medardus, Dramatische Historie von Arthur Schnitzler. — 22.30 Konzert im Café Walhof. — 23.15 Tanzklub im Tredebero.

6.45 Frühkonzert. — 11.00 Szenen aus dem Schnellgericht. — 11.15 Dramatisches Stories from English History. — 11.30 Schallplattenkonzert. — 12.30 Mittagskonzert des kleinen Vokal-Orchesters. — 14.15 Fortsetzung des Mittagskonzerts. — 16.15 Vorbesetzung. — 17.30 Bücherbörse. Reizen und Ziele. — 18.00 Hausgemachte Musikforschung. 22. Tischehofsowalei. — 18.45 Die bunte Stunde. — 20.00 Bunter Abend. — 21.30 Amouropo plantajantj . . . — 23.00 Anzjunkt des Scarpa-Orchesters.

Freierliche Rede, Sagen- und Erzählung, Gedichte und Balladenvorträge an den „Stoepsteinen“ bildeten den weitausvollsten Schlußakt der Tagung, der mit der Mahnung schloß: „Was du ererbt von deinen Vätern hast, erwirb es, um es zu besitzen“, oder, ins Niederdeutsche übertragen: „Salt faß!“

Aus der Bewegung

Bürgerkrieg in Gevelsberg.

9 Nationalsozialisten verletzt.

Nachdem bereits in den letzten Tagen der vergangenen Woche von Seiten der Kommunisten täglich mehrere Angriffe auf einzelne SA-Verte unternommen wurden, die bisher noch glimpflich für die betreffenden abließen, ging man am 2. Juni zum Generalangriff über. Bereits gegen 10 Uhr begannen vor dem Arbeiteramt Gevelsberg Anschläge den SA-Verte gegenüber. Das Stärkeverhältnis war 350 zu 7.

Die 7 SA-Verte wurden auf dem Markthausweg verfolgt und tödlich angegriffen. Nach tapferem Widerstand gegen eine Menge von über 300 Kommunisten wurden sie unter Steinwürfen abgedrängt, als endlich Polizei erschien und — die 7 SA-Verte unter Vorhaltung von Pistolen abführte. Alle 7 waren durch Steinwürfe mehr oder weniger verletzt, 1 durch Stichwunden, der ins Krankenhaus abgeführt werden mußte. Nach Vernehmung der SA-Verte versuchte die Polizei die Leute ohne jeglichen Schutz wieder auf die Straße zu schicken, die dann der dort wartenden Menge ausgeliefert worden waren. Erst nach energischem Drängen hat man einen Teil der SA-Verte den geforderten Schutz gewährt.

Am Nachmittag wiederholten sich die Vorkommnisse. P. Steffens wurde vor seiner Wohnung überfallen und erhielt schwere Hiebverletzungen am Kopf. P. Jostwig wurde von einer Menge von 80 bis 100 Kommunisten angegriffen und mit 6 Stichwunden ins Krankenhaus gebracht.

Blut in Hessen.

Am Dienstag, dem 2. Juni, sollte in Eschollbrunn bei Darmstadt ein Sprechabend der NSDAP stattfinden. Schon seit Tagen machte sich unter den Augen der Polizei, die das stillschweigend duldet, eine maßlose Morbhege der vereinigten marxistischen Parteien geltend.

Nachdem diese Hege am Dienstag ihren Höhepunkt erreicht hatte, wurden am Dienstagabend etwa 20 SA-Kameraden aus Pfungstadt, die zum Versammlungssitz anrückten, von einem tobenenden Haufen reichsbannerlich und kommunistisch verbrämten Mob umringt und sofort angegriffen. Eine nach Hunderten zählende Uebermacht stand etwa 20 Nationalsozialisten gegenüber.

Mit Messern, Hieben und Stichwaffen rüdten sie an.

Trotz einer geradezu heldenmütigen Abwehr blieben die P. und SA-Kameraden Göbel, Loh, Reinhardt, Pfeiffer, Dinkel und Stemm auf dem Platz liegen. Sie wurden noch in später Nachtstunde im Krankenhaus in Darmstadt eingeliefert.

Wie telefonische Anrufe ergeben, ist besonders die Verletzung des P. und SA-Kameraden Göbel durchaus schwerer Natur, aber die Ärzte hoffen, daß er ähnlich wie die übrigen Kameraden — die Krise überwindet und am Leben bleibt. Ein Teil der Verletzten konnte trotz größerer Wunden bald wieder das Krankenhaus verlassen und sich in häusliche Pflege begeben.

An diesem Schulbeispiel wird wiederum ersichtlich, wie ungeheuerlich sich die rote Morbhege auszuwirken beginnt. Gegen die Nationalsozialisten macht man Notverordnungen und Gefängnisbefehle mobil und den roten Janhag läßt man auf uns los, ohne daß wir uns wehren dürfen.

Der Mord an Stahlhelmmann Müller

Insgesamt sind bisher 40 Personen wegen Beteiligung oder Mitwisserschaft an der Ermordung des Stahlhelmmannes Müller festgenommen worden, von denen inzwischen 21 dem Richter vorgeführt worden sind. Gegen sämtliche vorgeführten Personen ist Haftbefehl erlassen worden, und zwar wegen Mordverdachts, Verdachts der Mittäterschaft, Verdachts der Begünstigung sowie gegen sämtliche wegen schweren Landfriedensbruchs. Entgegen der Meldung aus kommunistischen Kreisen wird nochmals darauf hingewiesen,

daß laut vorgefundenen Unterlagen Anweisung an die Mitglieder des Kampfbundes ergangen ist, sich total in der Eskortfrage einzufügen. In diesem zu der angeordneten Alarmbereitschaft in dem vorgefundenen Befehl wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß Drückberger öffentlich gebrandmarkt und wegen ihrer Feigheit vor eine Kontrollkommission geladen werden sollten. Die Alarmierten haben ihre Angehörigen ausdrücklich auf ihr Verhalten hingewiesen und für eine eventuelle Verhaftung vorgefertigt.

In dem bewußten Versammlungsort wurde nachträglich auch eine Reihe von Waffen gefunden.

Wer bewaffnet die Mord-Kommune.

Planmäßiger Waffenschmuggel über die Westgrenze

Die täglichen Feuerüberfälle der kommunistischen Unterwelt auf Nationalsozialisten, Stahlhelmer und Polizei haben in den letzten Tagen die Aufmerksamkeit der Behörden auf die Frage gelenkt, woher auf einmal die Massen an Schusswaffen kommen. Feststellungen in den Waffenhandlungen haben nichts Besonderes ergeben. Dagegen ist es gelungen, festzustellen, daß sich seit kurzer Zeit in Lüttich, der belgischen Waffenfabrikzentrale, deutsche Kommunisten aufhalten, die dort planmäßig umfangreiche Waffenkäufe vornehmen, insbesondere von Browningspistolen mit Munition. Im Anschluß daran hat sich jedoch an der deutsch-belgischen und deutsch-holländischen Grenze ein lebhafter Schmuggel von Schusswaffen entwickelt, die durch Vertrauensmänner nachts stillschweigend über die deutsche Grenze gebracht werden. Von hieraus wurde zuerst das rheinisch-westfälische Industriegebiet versorgt, wo denn auch die ersten Feuerüberfälle auf Nationalsozialisten und Polizei geschahen.

Diese Tatsachen dürften der Polizei, insbesondere dem Minister Seevering bekannt sein, wenigstens sollte man annehmen, daß dem so ist. Auch gibt es wohl noch einen Staatskommissar für die öffentliche Ruhe und Sicherheit, Herr Weismann? Oder ist dieser zu sehr mit

der „Ueberwachung“ der bösen Nazis beschäftigt? Sollte es aber wirklich nicht möglich sein, diesen Waffenschmugglern etwas besser auf die Finger zu legen? Ferner hat es schon seit längerer Zeit bei Andersdenkenden böses Blut gemacht und Anlaß zu Mutmaßungen gegeben, daß die Polizei es nur äußerst selten wagt, Teilnehmer an kommunistischen Versammlungen und Demonstrationen überraschend auf Waffen zu untersuchen, wogegen sie auffallend geschäftig ist, wenn es heißt nationalsozialistische Männer und Frauen zu untersuchen. Auch wäre es an der Zeit, einmal etwas gründlicher nach den Waffenbeständen der Kommunisten zu fahnden. Da es erwiesen ist, daß ihre letzten Mordtaten planmäßig von einer bestimmten Stelle aus geleitet werden, dürfte es auch nicht allzu schwer sein, die bei diesen Stellen versteckt gehaltenen Waffenlager zu finden.

Aus allem aber geht hervor, daß sich die Sowjetbanditen den Teufel um die Notverordnung scheren, die ja auch nicht ihren Willen gemacht wurde. Allmählich dürfte man „oben“ doch erkennen, daß es besser wäre, einmal Obigem nachzugehen, als ängstlich darauf zu sehen, daß Nationalsozialisten vielleicht einmal in Notwehr gegen die Notverordnung verstoßen.

Das Gnadengesuch abgelehnt.

Hannover. In dem vor einiger Zeit in Altona statgefundenen Bombenlegerprozeß hatte sich der Angeklagte, der holländische Landwirt Claus Heim, wegen Verstoßes gegen das Sprengstoffgesetz zu verantworten und wurde zu 7 Jahren Zuchthaus verurteilt. Er sollte damit zum Aufgeben seiner Scholle gezwungen werden, die seiner Familie 700 Jahre gehört hatte. Der Landbundpräsident Graf Alderath hatte an den Reichspräsidenten ein Gnadengesuch gerichtet. Wie Cord Gordes aus der Landbundtagung in der hiesigen Stadthalle am heutigen Sonnabend vormittag mitteilte, ist dieses Gnadengesuch abschlägig beschieden worden. Claus Heim und seine Genossen sollen somit in Zuchthäusern eingeschlossen werden.

Eine Stunde bei Klaus Heim.

Ueber einen Besuch bei Klaus Heim berichtet der „Heide-Anzeiger“: In den vielen Unterlaufungsstunden, die ich am Ende des Jahres zu vergehen hatte, zählte auch ein oft vorgelebener, aber nie ausgeführter Besuch bei Klaus Heim. So beschloß ich denn, gleich hier mit einer Schuldbekanntung zu beginnen.

An einem hellen Wintertag machte ich mich auf den Weg. Bald war ich am Ziel, an der Pforte, durch die mancher gegangen, der seine Freiheit erwirkt hatte. Ein Schild an der Tür bezeugte, was zu tun war. Ich drückte auf einen Knopf, wartete ein Weilchen und automatisch öffnete sich die Tür. Ich trat ein. Hinter mir fiel die eiserne Tür schwer ins Schloß.

Verboden, beschnallung!

In Offenbach wurde eine Versammlung, in der P. Gehler-Fetz sprechen sollte, aufgelöst, weil die Einstellung des Redners gewissen Serren nicht paßte. Unter P. hat noch nicht ein einziges Mal ein Strafmandat erhalten. Die „Einführung“ genügt.

Unser Mannheimer Bruderblatt, „Hakenkreuzbanner“, ist beschlagnahmt worden, weil es den Reichsinnenminister Wirth beleidigt hat.

Ueberfall auf Nationalsozialisten in Lübeck.

Am vergangenen Freitagabend wurden zwei unserer Flugblattverteiler von mehreren „Helden“ der republikanischen Reichsbanner-Schutzgarde angegriffen. Die „Helden“ fielen in großer Ueberzahl auf unsere Parteigenossen her, bis sie vom Ueberfallkommando getrennt wurden, um dann gemeinsam mit unseren Parteigenossen den Weg zur Wache anzutreten. Die polizeilichen Feststellungen ergaben einwandfrei die Schuld der angreifenden Reichsbanner „Soldaten“, so daß wir wohl in Wäld die „Helden“ vor dem Strafrichter wiederfinden werden.

Flammender Protest der NSDAP.

Nach wie hat eine Verordnung der derzeitigen Machthaber einen derartigen, einmütigen Proteststurm im ganzen Volke ausgelöst wie die letzte Notverordnung Brünnings, die man nur noch als letztes verzweifelter Versuch eines zum Sterben verurteilten Systems bezeichnen kann. Als der Inhalt bekannt wurde, war man — obwohl doch gewiß im Hinblick auf die katastrophale Lage des kabinetschen Brünnings, allerhand erwartet wurde und das ganze politische Deutschland: diese Verordnung ist der letzte Verrieger eines endgültigen Zusammenbruchs. Die Flammzeichen eines Volksaufstandes, wie sie von den Kommunisten da und dort planmäßig genäht werden und die sie immer wieder aufflackern lassen, legt die Vermutung nahe, daß die Räte des Herbstes auf alle Fälle bringen werden. Das eine ist sicher, so gut, wie das System über den letzten Winter gekommen ist, wird es durch den nächsten nicht kommen. Das System hat sich seinen Feinden selbst ausgeliefert und wird nicht lange zu warten brauchen, bis es vom Volke beerdigt wird. Wir sind bereit, zwar nicht das Erbe anzutreten, aber doch auf den Trümmern des Notverordnungs-Erbes ein neues, solches und künftiges Deutschland aufzubauen. Das Volk ist erwacht und hat uns sein Vertrauen geschenkt und in einem Maße soll nur die Richtung die Macht haben, die das Vertrauen und den Respekt des Volkes genießt. Ihr habt das Vertrauen nicht mehr! Deshalb gibt es nur eine Möglichkeit für euch: Abtreten!!

Da stand ich also auf dem Gefängnishof; zum ersten Male in meinem Leben. Die ganze Trostlosigkeit einer solchen Stätte tat sich mir fund beim Anblick der Türen, hohen Mauern und vergitterten Fenstern. Nichts weiter, wohin ich auch sah. Und doch! — Ueber allem ein Stückchen Himmel in strahlender Bläue.

Man führte mich in eine Zelle. Da stand er — die blauen Augen blickten stahlhart, und um den Mund zeigten sich tief eingegrabene Furchen. Freude ist es, ihn sprechen zu hören. Er lebt nicht in den Tag hinein sondern befaßt sich mit dem Studium philosophischer Werke, um den geistigen Hunger zu befriedigen. „Sieben Jahre Zeit habe ich“, sagte er herb. Ich will nicht klagen, ich bin ein Bevorzugter, dem diese Prüfung zuteil werden muß“. Erschüttert ging ich von dannen.

Gesindel in Braunschweig.

Zwei Hitlerjungen begaben sich zu einer Versammlung. Auf der Wolfenbütteler Straße nahe dem Versammlungsort wurden sie von ungefähr 12 bis 15 Reichsbannerleuten umkreist. Mit dem Gebrüll: „Da seid ihr ja!“ — „Laßt die Hunde nicht durch!“ stürzten sie sich auf die beiden ahnungslos dahingehenden Hitlerjungen. Nach tapferer Gegenwehr gelang es ihnen schließlich, trotz großer Uebermacht zu entkommen.

Unser Vormarsch.

In der schönen Oderstadt Frankfurt veranstaltet der Gau Ostmark unseres Wilhelm Rube eine glänzende Gantagung

zu der auch Adolf Hitler erschienen war. 6000 Bauern, Berg- und Landarbeiter marschierten in Reih und Glied für Deutschlands Zukunft.

141 Renaufnahmen.

In Frankfurt am Main wurde eine große Kundgebung mit P. Sprenger, Triebel und Prinz August Wilhelm verboten.

Erfolg: 141 Renaufnahmen.

„Zeitgenossen“.

Dem „Arbeiterturn“, der ausgezeichnet geleiteten Zeitschrift der Nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation entnehmen wir eine Auflistung neuentwickelter „Wirtschaftsgrößen“ und ihrer Freunde. Danach hält den Rekord an Aufschwungsfähigkeit Louis Dagen (Inhaber der Firma Levy und Oppenheim) mit 69 Aufschwungspunkten und den dazu gehörigen Zantienen. Es folgt:

Jacob Goldschmidt (Direktor der Danatbank, Berlin): 88 Aufschwungspunkte, Curt Sobornheim (Commerzbank, Berlin): 68 Aufschwungspunkte, Otto Weihenberger, Dresden (früher Direktor des Chemnitzer Bankvereins): 65 Aufschwungspunkte, F. F. Schröder (Inhaber der Bankfirma F. F. Schröder, Bremen): 63 Aufschwungspunkte, Dr. August Strube (Direktor der Danatbank, Bremen): 62 Aufschwungspunkte, Felix Deutsch (Direktor der A.G.): 61 Aufschwungspunkte, Carl Fürstenberg (Direktor der Berliner Handelsgesellschaft): 59 Aufschwungspunkte, Moritz Schulze (Direktor der Commerzbank): 58 Aufschwungspunkte, Heinrich von Stein (Inhaber der Bankfirma S. H. Stein, Köln): 56 Aufschwungspunkte, Freiherr von Oppenheim (Inhaber der Bankfirma Sal. Oppenheim jr. und A. Levy in Köln): 56 Aufschwungspunkte, Justizrat Kempner, Berlin: 53 Aufschwungspunkte, Oskar Schlitter (Direktor der Deutschen Bank, Berlin): 51 Aufschwungspunkte, Paul Wittington Herrmann (Direktor der Deutschen Bank, Berlin): 51 Aufschwungspunkte.

Zur Gesichts-Bräunung

oder auch zur Bräunung des ganzen Körpers bei Sonnenbädern verwende man die reichhaltigste und kühlende Peber-Gelb-Creme. Tube 60 Pf. und 1 Pf. Peber-Gelb-Creme. In allen Chlorodont-Verkaufsstellen.

S-A-Reserve

Meldungen auf dem

SA-Geschäftszimmer

Pelzerstraße 12-13

Alles protestiert!

Der Rangverein hatte die Vertreter der westdeutschen Industrie am Mittwoch (3. Juni) zu einer außerordentlichen Mitgliederversammlung nach Düsseldorf berufen. Verschiedene Vertreter der westdeutschen Industrie gaben die Unverantwortlichkeit der heutigen Wirtschaftspolitik, die zu einem Chaos des wirtschaftlichen und politischen Lebens geführt hat. Besonders beachtenswert war das Referat Dr. Böglers, der bereits vor zwei Jahren den Wahnsinn des Youngplans, der Deutschland zur Hungersnot verurteilte, beim rechten Namen nannte. Dr. Böglers verlangte u. a. Voraussetzungen eines deutschen Wirtschaftsplanes, daß unsere ganze Wirtschafts- und Finanzpolitik mit dem Ziel der Stärkung unseres Binnenmarktes und der Eigenkapitalbildung umgestellt werde. Nur ein Land mit einem starken Binnenmarkt könne auf die Dauer eine erfolgreiche Exportpolitik treiben. Nur durch Kapitalbildung werde der Wiederauftrieb der Wirtschaft eingeleitet und die Arbeitslosigkeit überwunden. Dazu müßte Deutschland auf Jahre hinaus von allen Ertragszahlungen, soweit sie nicht durch Sachleistungen abgetragen werden können, befreit sein. (Haben wir das nicht schon seit Jahren gesagt?) Es sei ein wirtschaftlicher Wahnsinn, von einem Lande, dem so ungeheure Teile seines Volksvermögens genommen worden sind, neue Tribute zu erpressen, bevor es seine Wirtschaft wieder aufgebaut und in Ordnung gebracht habe.

Aus dem Sowjet-Paradies.

Wer mehr arbeitet, darf mehr essen.

Aus Moskau werden Veränderungen im bisherigen Kartenplan gemeldet, wonach ab 1. Juli die Fabrikarbeiter Karten nach Kategorien erhalten. Diese Karten werden nach der Arbeitsleistung rechnet. Arbeiter, die ihre Arbeit nachlässig ausführen, würden in eine niedrigere Kategorie eingereiht werden. Die Sowjet-Inspektion sei der Ansicht, wer weniger arbeitet, müßte auch weniger essen.

Konjunktur und Taufe.

Im Berliner Handelsregister fand sich kürzlich folgende auffällige Eintragung: Abteilung B am 21. Mai 1931 Bank für auswärtigen Handel, Aktien-Gesellschaft: Der Prokurist Dr. Erich Löwenberg führt den Familiennamen „Len“. So macht man das heute; auch aus dem schwärzesten Saulus wird ein blütenweißer Paulus.

Wenn es aber etwas ordentliches geben soll, müßte nun eigentlich noch eine „Mäuselbegrabung“ erfolgen.

Praktischer Kommunismus.

Am Dienstagvormittag sammelten sich etwa 300 bis 400 Personen vor dem Erwerbslosenamt in Beshofen an und verfolgten, das Gebäude zu füllen. Die schnell herbeigeholte Polizei trieb die Leute auseinander, konnte aber nicht verhindern, daß sie sich an einer anderen Straßenseite und auf dem Marktplatz wieder sammelten. Hier führten etwa 30 Personen, unter ihnen auch zahlreiche Frauen, in die Konsum-Wurst und andere Waren in Werte von mehreren 100 Mark. Polizei trieb die Plünderer unter Anwendung des Gummistocks auseinander. Drei der Mädelführer und eine Frau wurden festgenommen.

Die alte Burg.

Roman von J. Jobst.

1.
„Ist die Sage in Ordnung, Christine? Sie schweigt?“
„Herr Graf, es ist — die Rose weiß, daß unser Junter auf der Heimreise ist.“
„Daß ihr Weiber das Maul nicht halten könnt.“
„Die Rose hat's vom Weller.“
„So — so! Galt' auch was Gefährliches tun können, der alte Fiel.“
„Hab ich ihm auch gesagt, Herr Graf.“
„Der Rose ist der Müller nicht zuwider, ich hab mich selber davon überzeugen dürfen. Da unten am Turm hat der Kerl sie gestern Abend beim Schöpf gepackt und abgeführt, und sie hat mucksmäuschensill gehalten. Benedict hab ich den festen Burtschen. Ach, Christine, Graf Rother streckte seine Arme aus, „noch einmal jung sein.“
„Herr Graf können's meiner Seele noch mit manchem Jungen aufnehmen.“
Der alte Herr, der schon seine Siebziger zählte, lachte laut auf, dann aber wurde er wieder ernst. „Drei Tage gebe ich dir, dann muß die Rose die erlöste Braut des Müllers sein und das ganze Dorf sei Zeuge.“
„So bald kommt schon unser Junter, Herr Graf?“
Die dunklen Augen von Mamsell Christine strahlten, und die Hände falteten sich. „Ach du mein Gott!“
„So bald? Er hat sich weiß Gott nicht beeilt mit der Rückkehr. Sitzt in Berlin als Doktor honoris causa — doch davon versteht Sie nichts — unter lauter gelehrten Herren der Universität und denkt, die Spree sei soweit von der „Alten Burg“ entfernt wie sein Imaginationsraum.“
„All die Jahre fort!“ seufzte Christine, „und noch kein Heimweh nach der Burg?“
„Und dem Großvater!“ Nun seufzte Graf Rother auch, ließ aber dabei mit dem Stridstod auf. Er hatte sich sein lahm Bein geholt beim Sturz auf die Höhen bei Dargau unter den Augen des großen Königs — erst dreißigjährige Jahre alt. Seitdem lag er auf seiner Burg und sein König hatte ihn in Gnaden entlassen und ihn später auch nicht vergessen.
Des Grafen Augen ruhten auf dem großen Bild des alten Fiel, das eine Meisterhand gemalt hatte. Es war, als ob ein Grüßen hin und her ging zwischen den beiden bligenden Augenpaaren.

Ein Landvolkführer dreht durch.

Der bekannte schlesw.-holst. Landvolkführer von Salomon stellt sich einer Erklärung an die kommunistische Parteizentrale auf den Boden des kürzlich veröffentlichten kommunistischen Agrarprogramms.

Kommentar überflüssig. „Er“ will wohl Landwirtschaftsminister in Moskau werden?

Eine republikanische Spielerei.

Für die spanische Staatsdruckerei hat König Alfons viel zu schnell abgedruckt, sie konnte ihre neuen Briefmarken noch immer nicht herausbringen. Bis auf weiteres geben nun die Postanstalten Spaniens die gewöhnlichen Marken mit dem Porträt des Königs heraus, allerdings ist es mit dem Bötchen „Republika“ überüberstempelt. Gemäß der strengen spanischen Etikette mußte früher die Königsmarke ordnungsgemäß auf dem für sie bestimmten Platz stehen, war dies nicht der Fall, konnte die Post die Beförderung einer frankierten Sendung verweigern. Nun fühlen sich wackere Republikaner in Spanien noch nachträglich für Alfons an „Alfonso“, indem sie sein Bild auf Postkarten und Briefumschlägen verkehrt aufkleben. Sie lassen den König, der sich gegen diese Majestätsbeleidigung nicht wehren kann, „lopfischen“. Eine kindliche Spielerei von neugeborenen Republikanern, die ihre revolutionäre Gefinnung derart beweisen zu müssen glauben. Wer denkt dabei nicht an das Abschlachten der deutschen Novemberlinge?

Besondere SPD-Zierde.

Frau Dr. Käthe F. und die großen schwarzen Zigarren

Die preussische Landtagsabgeordnete Frau Dr. Käthe F., die der sozialdemokratischen Fraktion angehört und in der Preußenhalle einig Aufsehen dadurch hervorrief, daß sie große schwarze Zigarren zu rauchen pflegte, hat jetzt ihre Tätigkeit für einige Zeit nach Leipzig verlegt, wo sie den Parteimitgliedern etwas vortraut. Einige genössliche Kollegen, die sie noch nicht kannten, machten natürlich erlaunliche Gesichter, aber man gewöhnt sich ja schließlich an alles. Selbst auf der Straße, allerdings nur in unmittelbarer Nähe des „Volksbades“, hat man Frau Dr. F. mit der Zigarre gesehen, als sich zwei helle Saafungen grinsend nach ihr umdrehten, wobei der eine den verwunderten Ruf ausstieß: „Gude doch emol, die rooht Zigarren!“

Das Lied ist aus.

Ueberraschend schnell hat der deutsche Beamtentum seinen „Flammenbrand“ gegen die neue Verordnungsabgabe. Man scheint sich offenbar bei der Anfang der Woche abgehaltenen Besprechung mit dem Reichsfiskus handelseinig geworden zu sein. Jedenfalls verheißt man jetzt folgenden Beamtenden Bericht: „Die Bundesleitung des Deutschen Beamtentums nahm am heutigen Dienstag, dem 2. Juni, den Bericht ihrer Vertreter über die Aussprache beim Reichsfiskus entgegen. Sie erließ nach wie vor in einem allgemeinen Volkswort eine gerechte Lösung, wozu jeder nach seiner wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit beitragen soll. Sie erwartet, daß die Reichsregierung auf dieser Grundlage ihre endgültigen Entscheidungen trifft. In die Praxis übertragen heißt das nichts anderes als — wach mir den Pelz — aber mach mich nicht naß!“

Goldene Worte fürs Zentrum.

In seiner jüngsten Nummer veröffentlicht die Zeitschrift des sozialdemokratischen Freiheitsverbandes unter der Ueberschrift „Flammenzeichen“ einen Artikel über die Brandstiftung der Kirchen und Klöster in Spanien. In diesem Artikel heißt es u. a.: „Alle Augen der zivilisierten Welt richteten sich auf Spanien, als in der ersten Maihälfte die Revolution die Brandfackel auch in eine Anzahl Kirchen und Klöster schiederte. Die gefante clerikale und reaktionäre Presse heulte auf in einem einzigen Rufgeheul, und das liberale Bürgertum erlitt einen Unfähigkeitsstolper gegenüber solchen „unerhörten Ausdehnungen des Böbels!“ Elementare revolutionäre Erschütterungen haben jedoch ihre eigenen Gejeze, sie lassen sich weder durch ohnmächtige Wutausbrüche einschüchtern, noch durch moralisierende Verschwörungen und Bernunftgründe!“

Daß die Sozialdemokraten und ihre halb- und übermarxistischen Mitläufer und Genossen „eigene Gejeze“ haben, das wissen wir aus Erfahrung, und es wird unsere Sache sein, diese „Gejeze“ nicht Gejeze werden zu lassen. Was aber sagt das Zentrum zu diesen goldenen Worten seiner engsten Bundesgenossen?

Wäsche von der Leine, die Zigeuner kommen.

In Spanien geht alles „ordnungsmäßig“ seinen Gang. Erst Revolution, erst — Inflation. Das Volk hat auch hier auf der ganzen Linie gesiegt. Der neue Finanzminister hat die Notenpresse angewiesen, Dauerlauf zu machen, damit der Notenumlauf um einige Milliarden Peseten erhöht werden kann. So beginnt bekanntlich nach alterbährtem Muster der Raub des Nationalvermögens. Die Peseta ist innerhalb 5 Tagen von 40,3 auf 33 gefallen. Bald werden sich die Heuschreckenschwärme auch über Spanien verbreiten.

Müdet auf die Sklaverei. Sie werden sicherlich bald die nötige „Bitterung“ bekommen.

Krisensteuer und Pensionen.

Der Drang nach dem neuen System läßt sich sehr leicht begreifen, an einer Zusammenfassung der finanziellen Systeme, die dabei zu enten sind. Grundlag des neuen Systems ist, daß jeder einmal Minister wird. Das Schwerkgewicht der parlamentarischen Erfolge liegt deshalb nicht bei den Gehältern sondern bei den Pensionen. Der Zentrumsmann Marx bekommt infolge verschiedenartiger Pensionenaufhäufungen 38 520 Mark, der demokratische Bischof von B. 30 000 Mk., der Reichsfiskusminister Bauer, der wegen seiner engen geistlichen Beziehungen zu den Barons aus dem politischen Leben ausscheiden mußte, erhält „nur“ 18 500 Mark; Scheidemann, der Oberbürgermeister von Kassel begnügt sich mit 16 500 Mark; Reinert, der Hannover zum Oberbürgermeister wählte, bekommt 22 000 Mark, mit denen sich auf den „richtigen Tagespreis“ während der Inflation erworbenen Teppichen des kaiserlichen Jagdschlosses zu Sprünge genügt zu leben läßt. Wisse, der sozialdemokratische Reichsbeitsminister erscheint demgegenüber mit den ermäßigten 13 800 Mark schon nahezu als Prolet, so daß jeder mit der sozialdemokratischen Forderung übereinstimmen wird: Her mit der Krisensteuer! Wie können sonst die parlamentarischen Pensionen aufgebracht werden.

„Weißt du noch?“ fragten die blauen Augen des großen Königs.
„Gut, daß Eure Majestät nicht mehr erlebt haben, was aus dem stolzen Preußen geworden ist und aus der Armee, lautete die Antwort des Invaliden und der Stridstod stampfte zum andermal auf.
„Himmelfeuerdonnerwetter — es ist dem Jungen nicht zu verargen, daß er Preußen den Rücken kehrte.“
brach der grimmige Alte los und ließ sich stöhnend in den großen Lehnstuhl fallen, der in der tiefen Fenster- nische stand, von wo man vom Burgberg weit hinein schaute in das Land, über dem schon der weiße Rauch des kommenden Frühlings wehte.
„Also in drei Tagen! Wie Sie es macht, ist Ihre Sache. Die Rose ist ein verteuft schönes Mamsellchen geworden. Und wenn man so heimkommt — — Das ist bei denen von der Wasserfante und von der Armeedasselbe — dann wollen sie was im Arm haben. Wir haben's zusammen erlebt, Christine, und auch Sie wird davon genug bekommen haben. Mich verlangt nach keinem Trauerpiel mehr! — Die Rose weiß doch nichts?“
„Herr Graf fuhr Mamsell Christine auf, „wo ich doch auf die Bibel geschworen habe. Und der Weller auch. Mein — Herr Graf können ganz richtig sein, die Rose hält mich für ihre Mutter und außer dem Weller weiß ja keiner mehr von der alten Geschichte. Ist mir doch selber, als wäre sie mein Kind!“
„Sie ist eine brave Person, Christine, daß Sie alles auf sich genommen hat.“
„Die arme Schwester hat in Frieden sterben dürfen.“
„Und mein wilder Jung in Ehren, Christine. Geb Sie mir die Hand.“ Graf Rother drückte die Hand der alten Vertrauten, die nach dem frühen Tode ihres Mannes aus großen Wäldern wieder auf die Burg gezogen war, die ihre Jugend gesehen hatte. Waren sie und die so viel jüngere bühnische Schwester doch Kinder des Schullehrers gewesen, der in dem Dorf drunten einst sein Amt ausübte.
„An uns Alten ist es, die Augen offen zu halten — der Frühling zieht ins Land und das junge Blut will braunen. Wenn ich meinen Entel erst verheiratet hätte!“
„Dann bliebe der Junter noch hier auf der Burg.“
„Schön muß sie sein“, murmelte der Alte in sich hinein, „und reich!“
„So arm wie wir sind — daß Gott erbarm!“
flachte Christine, „alles Silber ist fort — —“
„Kien und Kästen sind leer.“ höhnte der Guts-

herr, „aber satt sind wir immer geworden. Ich weiß nicht, wie Sie's fertig bringt, Christine. Sie ist ein Hegenmeister!“
„Über einen zweiten Haushalt trägt's nicht, Herr Graf.“ warnte die Mamsell. „Reich muß sie sein!“
Da schlug der Alte trachend auf den runden Eichen- tisch, der neben seinem Sessel stand und rief: „Deutlich muß sie sein, Christine, und von altem Geschlecht, damit wir nicht die Augen niederschlagen müssen vor dem da.“ Sein Stridstod wies auf das Bild seines Königs. „Und nun bring Sie mir mein Frühstück. Hab mir Fiel geschworen wie ein altes Weib, weiß selber nicht warum.“
„Ich weiß es, Herr Graf.“ Die Mamsell beugte sich tief herab zu der Greisenhand und küßte sie, dann wusch sie mit raschem, leichtem Schritt das weite Gewand.
Eine treue Seele, dachte der Graf, und wie gut sie noch ausfiel. Schade, daß die Rose nicht ihre Tochter ist und die des schlichten Försters. Aber das Mamsellchen hat leichtes, gefährliches Blut in den Adern — das von meinem armen Jungen.
Der Burgherr brütete vor sich hin. Da war sein Junge leicht beflügelte heimgekommen aus dem ungeliebten Krieg und hatte sich nichts Besseres gewünscht, als das schöne Mädchen des Dorfes an sein Herz zu nehmen. Von seinem nächsten Kriegszug kam er nicht mehr heim, in Volens Erde bei der Eroberung Krakaus fand er sein Grab.
Nun blieb ihm noch der Sohn seines Vorfahren, der mitamt seiner herzlichen Frau an einer Suche binnen wenigen Tagen gestorben war. Auf einer Reise — fern von der Burg.
Ob der Ulrich es von der Mutter hat — dieser Drang in die Weite, sann der alte Graf. Sie war eine fluge Frau, ihr Vater ein wunderlicher Kauz, der immer inmitten seiner Bücher steckte in seinem Eulenturm. Und er, der Großvater, hatte es erlebt, daß nach dessen Tode die gesamte Bibliothek auf die Burg kam. Ohne sein Wissen hatte Ulrich, der Entel, später immer im Turm gelebt. Nur sein Hofmeister wachte darum, und dem war es lieb, da war er wohl geborgen, während er selber für sein Examen ludierte.
Über gefachelt hatte es dem Junter nicht. Ueberall war er zu Haus gewesen, nicht nur in den Büchern. Wenn der Großvater rief, war er zur Stelle. Ein wilder Reiter, ein tüchtiger Jägermann und in den Wäldern mit allen Beamten auf Du und Du.
(Fortsetzung folgt.)